

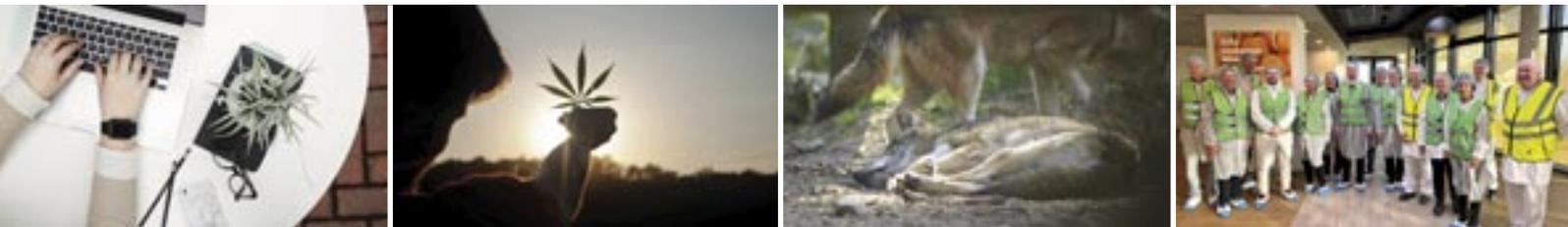
29. April

3/2024

www.landtag-mv.de



+++ Aktuelle Stunde: Verlässliche, stabile und zukunfts feste Rente +++ Für eine Zukunft der Ukraine +++ Gesetz für Jugendbeteiligung und Integration +++ Betrieblicher Präventionspreis MV kommt +++ 2. Jugendkonferenz der Enquete-Kommission+++ Novelle des Landesjagdgesetzes beschlossen +++ Systematische Verbesserung der Pflege gefordert +++



3	AUS DEM PLENUM	
3 - 4	Aktuelle Stunde	„Verlässliche, stabile und zukunftsfeste Rente – Aus Respekt vor geleisteter Arbeit und für ein würdiges Leben im Alter“ (auf Antrag der Fraktion der SPD)
5 - 12	Auszüge aus der Originaldebatte	Julian Barlen (SPD); Michael Meister (AfD), Daniel Peters (CDU), Torsten Koplin (DIE LINKE), Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), René Domke (FDP), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig
13 – 29	Berichte	Volksinitiative für bessere Kinderbetreuung Debatte zu „Correctiv“- Recherche Für eine Zukunft der Ukraine Gesetz für Jugendbeteiligung und Integration Betrieblicher Präventionspreis MV kommt Anträge zur Stiftung Klima- und Umweltschutz Keine Steuerbefreiung von Energiehilfen Diskussion um Cannabis-Legalisierung
28 - 31	Meldungen	Novelle des Landesjagdgesetzes beschlossen MV wirtschaftlich fit machen (Keine) Notwendigkeit für LNG in Mukran Haushaltsentlastung 2021 Grüne wollen mehr Sozialwohnungen durch „Bauen im Bestand“ Schulgesetz: Inklusion wird 2027 wie geplant umgesetzt CDU zieht Antrag zu Erhöhung Schulunterricht zurück Systematische Verbesserung der Pflege gefordert
32 - 37	Befragung der Landesregierung	
38 - 39	Gesetzgebung	
40 - 42	Ausschüsse	Ernährungsbranche im Fokus Bildung – Da geht doch was Sozialausschuss in Südtirol
43 - 47	PANORAMA	Verabschiedung Bürgerbeauftragter Landtag vor Ort Angehörige von Soldatinnen und Soldaten zu Gast im Landtag Tag der offenen Tür 30. Juni 2024
48	Chronik	

Titelfoto: Uwe Sinnecker

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Anna-Maria Leistner
Referatsleiter: Julien Radloff
Autoren: Jacqueline Myrrhe,
Joachim Mangler

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
Redaktionsschluss 28.03.2024



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig während der Aktuellen Stunde.

Fotos: Uwe Sinnecker

Rentenpaket ist Zukunftspaket

Die gesetzliche Rente bleibt mittelfristig stabil und verlässlich

■ In der Aktuellen Stunde erläuterte die SPD die positiven Auswirkungen des Entwurfs der Bundesregierung für das Rentenpaket II. Das Konzept hält an der Kopplung der Renten mit den Löhnen fest und garantiert bis 2040 ein Rentenniveau von 48 Prozent. Neu ist das „Modell Generationenkapital“, bei dem ein Kapitalstock am Finanzmarkt Gewinne für den Rentenfonds erwirtschaften soll.

Die „SPD-geführte Ampel“ stärke das umlagefinanzierte Rentensystem, zeigte sich **Julian Barlen** (Fraktionsvorsitzender SPD) zufrieden. Langfristig müsse die Politik nun für einen soliden Arbeitsmarkt sorgen. Denn die SPD sehe gute Löhne, Fachkräftegewinnung und gute Renten in einem „untrennbaren Zusammenhang“. Am Ende gehe es um soziale Ge-



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

rechtigkeit: „Wer arbeitet, hat immer mehr“, ob beim Lohn oder eben im Rentenalter.

Michael Meister (AfD) stellte klar, dass eine „verlässliche, stabile und zukunfts-feste Rente“ nicht mit „Massenmigration in unser Sozialsystem“ beginne, sondern „im Kreislauf“. Denn, „die Babys von heute sind die Beitragszahler von morgen“, schlussfolgerte der Abgeordnete. Eine

„substantielle Familienförderung“ wäre vor Jahrzehnten „zwingend notwendig“ gewesen, um dem demografischen Wandel zu begegnen.

Der Rentenentwurf verschiebe finanzielle Probleme „in die Zukunft“, kritisierte **Daniel Peters** (CDU). Die „Zuwanderung in den deutschen Sozialstaat“ behebe nicht das sich verschlechternde Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern. Eigentlich brauche es auch eine private Zusatzversicherung. Die CDU wolle den „Faktor Arbeit“ für Rentner attraktiv behalten. Wer will und kann, solle weiterarbeiten dürfen – „natürlich steuerfrei“.

Torsten Koplin (DIE LINKE) mahnte zur „differenzierten Betrachtung“ des Rentenpakets II. Die gesetzliche Rente sei für eine Mehrheit als einzige Quelle des

Lebensunterhalts von „existenzieller Bedeutung“. Der Erhalt von Rentenniveau und Eintrittsalter sei gut, doch zweifelte der Abgeordnete an der Gewinnprognose des Generationenkapitals. Ein echtes „Generationenkapital“ wären Investitionen in Kitas und Bildung.

Es gebe kein „prominenteres Beispiel der Sozialstaatsidee in Deutschland als die gesetzliche Rentenversicherung“ mit ihrem Generationenvertrag, würdigte **Dr. Harald Terpe** (Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) das bestehende System. Es bliebe „krisensicher“, solange die Zahl der Beitragszahler hoch sei. Die Erwirtschaftung von Mitteln mit dem geplanten Generationenkapital

hielt der Abgeordnete für eine „sportliche Herausforderung“.

René Domke (Fraktionsvorsitzender FDP) sah im Rentenpaket II einen „Paradigmenwechsel“. Für seine Fraktion sei „entscheidend“, dass es endlich die „zusätzliche kapitalgedeckte Säule“ gebe. Denn ohne genug Beitragszahler funktioniere das umlagefinanzierte Rentensystem nicht. Es wurde Zeit, sich „ehrlich zu machen“ und „möglichst risikoarm“ etwas Geld in die Hand zu nehmen, um die Rente mit Renditen zu stabilisieren: „Das ist doch der richtige Weg!“

97 Prozent der Ost-Rentner lebten allein von der gesetzlichen Rente, verdeutlichte Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD). Die sichere Rente habe mit Respekt vor der Lebensleistung zu tun und mit Vertrauen in die Demokratie. Sie finde es „dreist“, von Rentnern eine Nullrunde zu fordern, damit der Bundeshaushalt „klarkomme“ und erteile genauso Kürzungen oder der Erhöhung des Renteneintrittsalters eine Absage.



Abgeordnete der Fraktionen DIE LINKE und SPD.



Abgeordnete der Fraktionen FDP und AfD.



Abgeordnete der Fraktion CDU.



Vor Sitzungsbeginn finden meist die letzten Absprachen unter den Abgeordneten statt.



Abgeordnete der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und AfD.

■ Julian Barlen, SPD:

„Wir sorgen dafür,
dass die Rente stabil bleibt.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...]„Verlässliche, stabile, zukunfts feste Rente – Aus Respekt vor geleisteter Arbeit und für ein würdiges Leben im Alter“ – das ist der Titel unserer Aussprache und der könnte aktueller nicht sein. Gerade in der letzten Woche hat Bundesminister Heil [...] das Rentenpaket II vorgestellt und damit das Fundament der Rente als echtes Erfolgsmodell der sozialen Sicherung in Deutschland zukunfts fest gemacht. Was steht drin?

Erstens. Das Rentenniveau wird bis weit in die 2030er-Jahre hinein bei mindestens 48 Prozent stabilisiert. Zweitens. Die entscheidende Logik [...], dass die Renten auch künftig steigen, wenn die Löhne steigen, [...] bleibt erhalten. Drittens. Die Altersvorsorge wird nicht privatisiert. Und das alles geht viertens einher mit stabilen Beiträgen und ohne Erhöhung des Renteneintrittsalters.

Und fünftens [...], damit lösen der Bundeskanzler und die Bundesregierung ein, was wir als SPD [...] versprochen haben.

[...] Das Rentenpaket II, die Stabilisierung der Rente bis in die 30-er Jahre hinein, das ist eine gute [...] Nachricht nicht nur für die heute [...] über 400.000 Rentnerinnen und Rentner hier in MV, sondern auch für die heute Erwerbstätigen, die mit der Rente einem Generationenvertrag vertrauen [...] können. [...] Das durch die vielfältigen Schwarzmalerei schon oft totgesagte [...] Rentensystem lebt und steht aktuell dank der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt [...] gut da, [...] besser, als [...] vorausgesagt wurde. [...]

Und vor diesem Hintergrund der Entwicklung geht es mit dem Rentenpaket II genau jetzt darum, die Stabilisierung der Rente festzuziehen. [...] Wenn man darüber spricht, wie man die Rente zukunfts fest macht, [...] dann kommt es auf zwei Dinge ganz wesentlich politisch an.

Nämlich erstens, die politische Entscheidung, dieses maßgeblich umlagefinanzierte Rentenniveau langfristig zu stabilisieren [...]. Da hat die SPD-geführte Ampel geliefert. [...]

Und zweitens kommt es auf gute Arbeitsmarktpolitik an [...]. Deshalb brauchen wir auch in Zukunft möglichst viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigte mit guten Löhnen, die die gesetzliche Rente mit ihren Beiträgen finanzieren. [...] Das bedeutet, [...] eine Stärkung der Tarifbindung ist wichtig. [...]

Mit Blick auf den Titel unserer Aussprache [...] gibt es leider neben dem Rentenpaket II einen zweiten Grund, warum das Thema sehr aktuell ist. [...] Dieser Respekt vor der geleisteten Arbeit und dieser Anspruch auf ein würdiges Leben im Alter ist eben nicht selbstverständlich. [...] Es sollte politischer Konsens sein, ist es aber nicht.

Vor allem aus konservativen Kreisen, aus rechten Kreisen erleben wir nach wie vor politische Attacken, beispielsweise auf das Renteneintrittsalter und dadurch aber auch auf die Höhe der Renten [...] Die zeigen, dass genau dieser Respekt vor der harten Arbeit [...] nicht selbstverständlich ist, sondern von uns [...] verteidigt werden muss. [...]

Die SPD [...] bleibt der Garant dafür, dass das gesetzliche Renteneintrittsalter nicht über 67 Jahre hinaussteigt. Da bin ich auch dem Bundeskanzler [...] sehr dankbar für diese klare Aussage für stabile Renten.

[...] Wir sehen gute Löhne, Fachkräftegewinnung und die guten Renten in einem untrennbaren Zusammenhang. [...] Unterm Strich geht es um soziale Gerechtigkeit in unserem Land. Wer arbeitet, hat immer mehr. [...]

Und dafür treten wir als SPD-Fraktion [...] ein. Seit der Wende haben wir uns für die gleichen Renten in Ost und West stark gemacht [...]. Und ebenfalls seit der Wende ist diese Rentangleichung vor allem von konservativer Seite blockiert [...] worden. Umso erfreulicher ist es, dass die komplette Angleichung Ost und West zum 1. Juli 2023 Wirklichkeit geworden ist. [...] Andere reden die Rente seit Jahrzehnten schlecht. Wir sorgen dafür, dass sie stabil und verlässlich ist. [...]

Michael Meister, AfD:

„Die Babys von heute sind die Beitragszahler von morgen.“



Fotos: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Barlen, die Worte höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Dass wir uns heute mit diesem äußerst bedeutenden Thema auseinandersetzen müssen, ist [...] ein Armutszeugnis für alle hier im Plenarsaal vertretenen Parteien [...].

[...] es ist alarmierend, dass jeder zweite Rentner in Mecklenburg-Vorpommern [...] unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze leben muss. Das sind über 88.000 Menschen bei uns im Land, mehr als die Einwohnerzahl von Neubrandenburg und Neustrelitz zusammengenommen.

[...] eine verlässliche, stabile und zukunfts feste Rente beginnt nicht mit der blinden Forderung nach Massenmigration [...] sondern sie beginnt im Kreißaal,

(Thore Stein, AfD: Sehr richtig!)

denn die Babys von heute sind die Beitragszahler von morgen. [...] Deutschland war im Jahr 2022 das Ziel von mehr als 1,5 Millionen Menschen [...]

*(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Alles Fachkräfte!)*

Über 900.000 dieser Migranten erhalten Bürgergeld. 88 Prozent [...] haben keinen Berufsabschluss,

[...] Eine Zuwanderung aus diesen Ländern beziehungsweise Regionen ist offensichtlich nicht geeignet, das Arbeits- und Fachkräfteproblem und somit auf lange Sicht das Rentenproblem bei uns zu lösen.



Seniorenbeirat Ludwigslust/Parchim auf der Besuchertribüne

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr richtig! –
Thore Stein, AfD: Genau so!)*

[...] Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine sind rund eine Million Menschen nach Deutschland geflohen, und trotz eines relativ hohen Bildungsniveaus hat bislang lediglich jeder fünfte der zugewanderten Personen eine Arbeit gefunden. Auch hier, rund 700.000 ukrainische Staatsbürger beziehen Sozialleistungen. Und selbst wenn man eine weitere Integration in den deutschen Arbeitsmarkt prognostizieren könnte, muss man sich zum Schluss fragen: Was passiert denn nach dem Krieg mit diesen Arbeitskräften? Die meisten ukrainischen Flüchtlinge werden vermutlich wieder in ihre Heimat zurückkehren und reißen damit wieder Löcher in den deutschen Arbeitsmarkt.

*(Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie haben nichts verstanden.)*

Und aus diesem Grund noch einmal: Die Babys von heute sind die Beitragszahler von morgen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)*

[...] deshalb wäre bereits vor zwei Jahrzehnten eine substantielle Familienförderung zwingend notwendig gewesen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken.

[...] Und am deutschen Steuergeld kann es auch nicht liegen, denn das ist in ausreichendem Maße vorhanden, es befindet sich halt nur viel zu oft nicht in Deutschland.

(Beifall Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

[...]

Der Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil plant aktuell ein neues Rentenpaket. Ziel ist die dauerhafte Absicherung des Rentenniveaus von 48 Prozent. Und um dieses zu erreichen, sollen die Rentenbeiträge deutlich von aktu-



Abgeordnete der Fraktionen DIE LINKE und SPD

ell 18,6 Prozent auf im Jahr 2030 22,3 Prozent angehoben werden. Und das [...] das dürfte dann für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber recht teuer werden. [...] Gleichzeitig werden auch die Arbeitgeber mit höheren Beiträgen belastet.

Das wird wiederum dazu führen, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland für viele Unternehmen noch unattraktiver wird. [...]

Weiterhin soll das sogenannte Generationenkapital aufgebaut werden. Bis 2036 soll ein Kapitalstock in Höhe von bis zu 200 Milliarden Euro über Darlehen, also Schulden, aus dem Bundeshaushalt einfließen [...]

Und da muss man ganz klar sagen, mit deutschem Steuergeld spekuliert man nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] Das, was die Bundesregierung gerade [...] mit diesem Rentenpaket macht, ist, Herr Barlen, schlicht einfach und ergreifend billigster, blinder Populismus.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

[...] das wird dazu führen, dass gut ausgebildete junge Fachkräfte das Land verlassen werden.

Wer also eine verlässliche, stabile und zukunfts feste Rente haben will [...] der muss heute Geld in die Hand nehmen, um langfristig eine familienfreundliche Politik zu gestalten [...]. Vielen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)*

■ Daniel Peters, CDU:

„Es geht doch auch darum, Arbeit wieder lohnenswert und attraktiv zu machen.“



Fotos: Uwe Sinnecker

[...] Das Umfragetief für die SPD ist dramatisch. Man verharrt bei 15 Prozent. Also wird wieder in die politische Mottenkiste gegriffen und den Leuten soll weisgemacht werden, die SPD sei der Garant für die Rente. So hat ja der Fraktionsvorsitzende Herr Barlen es versucht, uns hier auch im Parlament weiszu machen. Und das Ganze wird natürlich auch garniert mit entsprechenden Schmähungen gegenüber der politischen Konkurrenz, heute von Ihnen etwas zurückhaltender. [...]

Und ähnlich stumpf ist das, was bei Ihnen hier auch zwischen den Zeilen durchkam. Da wird dann von rechten konservativen Kreisen gesprochen, und es ist ja nicht unüblich, dass hier, aber auch andernorts, wir mit der AfD auch beim Thema Rente in einem Atemzug genannt werden. Und gestatten Sie mir diesen kurzen Schwenk: Der angebliche Kampf, den Sie ja hier immer ausrufen für Demokratie und gegen Extremismus und vor allem auch das Zusammenstehen der Demokraten, was Sie ja einfordern, das entpuppt sich offensichtlich als Stigmatisierung bürgerlich-konservativer Kreise,

*(Horst Förster, AfD:
Da machen Sie ja fleißig mit.)*

[...] Vor 60 Jahren kamen auf einen Rentner noch sechs Beitragszahler, 1992 waren es drei Beitragszahler, und bis 2050, so wird es prognostiziert, werden es nur noch 1,5 Beitragszahler sein. Auch für Sie unschwer zu erkennen, dass es hier eine riesengroße Finanzierungsproblematik geben wird.

Und nun kommen Sie mit einem Thema, sagen Zuwanderung. Ja, wenn ich mir aber die Zuwanderung im Moment anschau, erleben wir vor allem auch – das ist leider so – eine Zuwanderung in den deutschen Sozialstaat. [...]

Und das Nächste ist, was mir natürlich immer wieder auffällt, dass Sie hier versuchen, auf Tariflöhne und Ähnliches abzustellen. Aber schauen wir doch mal in die Wirklichkeit. Die arbeitende Mitte, ebenso wie Unternehmen im internationalen Vergleich werden besonders in Deutschland sehr, sehr stark belastet. Die SPD hält aber unbeirrt an ihrem Kurs weiter fest. Jüngste Umfragen haben sogar gezeigt, dass gerade Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen den Eindruck haben, dass sich Leistung in Deutschland nicht mehr lohnen würde. Ich nenne nur das Stichwort „Bürgergeld“. Damit haben Sie das eindrucksvoll bewiesen, dass Sie von der Arbeiterpartei zur Partei der subventionierten Arbeitslosigkeit geworden sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und das, meine Damen und Herren, ist doch ein Kernproblem, denn es geht doch auch darum, Arbeit wieder lohnenswert und attraktiv zu machen. [...]

Und jetzt komme ich noch mal zur sozialen Gerechtigkeit, die auch Sie wieder hier im Zusammenhang mit der Rente ausgerufen haben. Ich weiß nicht, ob es sozial gerecht ist, wenn jemand, der sieben Jahre lang Bürgermeister oder sieben Jahre lang Landrat ist, das 40. Lebensjahr erreicht hat, schon Anspruch auf ungefähr 3.000 Euro bis zum Lebensende bekommt,

*(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD:
Das ist ein Witz!)*

ob das im Sinne von sozialer Gerechtigkeit ist und das richtige Signal an die Bevölkerung,

*(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD:
Genossenversorgung.)*

wenn Sie hier auf der anderen Seite von Rentenstabilität schwadronieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Das Motto ist offensichtlich, die Glücksrakete, die Glücksspirale hat ausgedient. Die Sofortrente von Manuela Schwesig soll es geben, allerdings nur für Bürgermeister und Landräte

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

und möglichst natürlich auch mit SPD-Parteibuch. Das wäre Ihre Wunschvorstellung und das sind Ihre kruden Vorstellungen von sozialer Gerech

■ Torsten Koplín, DIE LINKE:

„Gebraucht wird eine Erwerbstätigenversicherung.“



Foto: Uwe Sinnecker

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Rentenpaket II, das am 5. März vorgestellt wurde, verdient eine differenzierte Betrachtung. Aus Sicht der Linksfraktion ist es anerkennenswert, dass das Rentenniveau und das Renteneintrittsalter erhalten bleiben sollen. Das ist ein wichtiges Statement für die Menschen in unserem Land.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Die gesetzliche Rente ist für die übergroße Mehrheit der Rentenbeziehenden die einzige beziehungsweise wesentliche Quelle des Lebensunterhalts [...] Ich werde im Weiteren belegen, dass tatsächlich dieses Generationenkapital die Grundfesten der gesetzlichen Rentenversicherung, die in Verlässlichkeit und Solidarität bestehen, untergraben wird.

Ohne Zweifel steht die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung unter Druck, zum einen aufgrund der Kombination aus niedriger Geburtenrate und steigender Lebenserwartung, zum anderen, weil nicht alle in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, das heißt, es einem Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung ermöglicht wird, sich der Solidargemeinschaft zu entziehen, zum Dritten, weil die steigende Wertschöpfung aufgrund wachsender Produktivität nicht zu Buche schlägt. Die Ampel-Regierung, besser gesagt zunächst die beauftragten Minister Lindner und Heil samt ihren Ministerien sind auf die famose Idee gekommen, den Kapitalmarkt in die gesetzliche Rentenversicherung einzubinden.

*(René Domke, FDP:
Das war die beste Idee.)*

Sie nennen das Paradigmenwechsel [...] Überhaupt verwendet Minister Lindner die Worte „Kapitalmärkte“ und „Chancen“ geradezu synonym. Welche Risiken Kapitalmarktoperationen,



um nicht gleich das böse Wort, aber doch zutreffend, „Spekulationen“ zu verwenden, haben,

(Zuruf von René Domke, FDP)

wird von ihm nur beiläufig erwähnt, so nach dem Motto, Risiken, ach ja, gibt es auch, die muss man minimieren [...] Zunächst, der Kapitalstock soll bis 2035 ein Gesamtvolumen von 200 Milliarden aufweisen. Ab diesem Jahr sollen – 2024 –, sollen jährlich mit jeweils 3 Prozent dynamisiert 12 Milliarden Euro angelegt werden. Das macht bis 2035 170 Milliarden Euro, ein bisschen drüber. Außerdem soll das Generationenkapital noch Vermögenswerte zur Eigenkapitalbildung – denkbar wären Post- oder Telekom-Aktien, das ist zwar nicht gesagt worden, aber denkbar ist es –

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Bahn! Wie ist es über die Bahn?)*

in Höhe von 15 Milliarden Euro übertragen bekommen. Wenn aus alledem – das sind dann 185,3 Milliarden Euro – am Ende des Jahres 2035 der besagte Kapitalstock von 200 Milliarden Euro aufgelegt sein soll, bedarf es einer durchschnittlichen Rendite von 8,6 Prozent, leicht abgerundet [...] Die Rechnung ist nicht stimmig, es sei denn, man rechnet wie dazumal das Politbüro der SED,

*(Sebastian Ehlers, CDU:
Oha, Sie kennen sich ja aus! –
René Domke, FDP: Da kommen
wir gleich noch drauf zu sprechen.)*

was nicht aufgeht, wird hingerechnet, Hauptsache, es entspricht der Ideologie [...]

Was wir als LINKE stattdessen sehen, was gebraucht wird, ist erstens eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen

*(René Domke, FDP:
Ja, genau.)*

das sagt übrigens auch der Caritasverband –, zweitens eine sofortige Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze, denn wer 10.000 Euro im Monat verdient, soll auch für 10.000 Euro zahlen, und drittens eine Aufhebung der Beitragsäquivalenz. Jetzt gilt ja, wer viel einzahlt, bekommt viel raus. Dann würde gelten, wer viel einzahlt, bekommt nicht mehr ganz so viel raus.

Und ein Letztes: Das Wort „Generationenkapital“, an dem wir uns sehr stoßen im Zusammenhang mit der Rente, ist eine Sinnverkehrung, ist ein Hüllwort. Generationenkapital, sehr geehrte Damen und Herren, in Wahrheit bedeutet, dass wir in KITAS und Bildung investieren müssen. Und das machen wir als Koalition aus LINKEN und SPD. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

■ Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Das Rentenpaket der Ampelregierung [...] erneuert und festigt den Generationenvertrag.“



Fotos: Uwe Sinnecker

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Für die Aktuelle Stunde ist der Anlass genannt worden. Es ist das Rentenpaket II, was die Ampelregierung auf Bundesebene jetzt in Arbeit hat [...].

[...] Es gibt wohl kaum ein prominenteres Beispiel der Sozialstaatsidee in Deutschland als die gesetzliche Rentenversicherung. [...] wir nennen es Generationenvertrag, indem die arbeitende Nachfolgeneration die Renten der im Ruhestand befindlichen Seniorinnen und Senioren erarbeitet. Ich finde, ein beeindruckendes Prinzip, respektabel. [...]

[...] Das Rentenpaket der Ampelregierung [...] erneuert und festigt den Generationenvertrag [...] weil es zu einer Stabilisierung des Rentenniveaus kommt [...]. Das heißt für die jüngere Generation natürlich das Signal, hier wird etwas garantiert [...].

Das Mindestsicherungsniveau auf 48 Prozent wird [...] bis zum 1. Juli 2039 verlängert. [...] Ich denke, das ist [...] ein wichtiges Signal und stärkt das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung.

Insbesondere Rentnerinnen und Rentner in Mecklenburg-Vorpommern profitieren von stärkeren und stabileren gesetzlichen Renten, weil für Mecklenburg-Vorpommern die gesetzliche Altersversicherung der wesentliche Grundstock der Altersversorgung ist. Und deswegen ist es richtig, dass hier keine weiteren Kürzungen vorgenommen werden dürfen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Um den Anstieg der Beitragssätze abzubremsen, wird jetzt auf Bundesebene eine Stiftung des öffentlichen Rechts mit



Am Rednerpult, Dr. Harald Terpe

der Bezeichnung „Generationenkapital“ errichtet. Ziel soll es sein, Erträge zu erwirtschaften, die langfristig mit die Rente finanzieren. [...]

[...] Und wir sind [...] der Meinung, wenn man sich jetzt die Zielstellung vorstellt, dass 2036 10 Milliarden Euro aus 200 Milliarden Euro erwirtschaftet werden sollen, dann ist das eine [...] Herausforderung. [...]

Für uns GRÜNE ist wichtig, dass das Generationenkapital nicht aus Beitragsmitteln finanziert werden darf. [...] Generationenkapital wird nicht unermesslich Rendite erwirtschaften können, und man muss da schon gucken, dass man relativ risikoarm wirtschaftet.

(René Domke, FDP: Es gibt keine schlechtere Anlage als die beim Staat.)

[...] Allen Verfechtern von weniger gesetzlicher Rente und mehr privater Vorsorge sei ins Buch geschrieben, dass ein Beitragssatz von 22 Prozent in der Rentenversicherung oder 18,6 Prozent plus 4 Prozent privater Riester-Rente auch 22,6 Prozent ergibt [...]. Wir wissen aber, dass das Riester-Renten-Konzept tatsächlich keine Erfolgsgeschichte geworden ist. [...] Die gesetzliche Rente ist besser als ihr Ruf. Im Gegensatz zu kapitalgedeckten Versorgungsprodukten ist die gesetzliche Rente durch das Umlageprinzip gesichert.

Und noch ein paar Bemerkungen zu der Frage, dass der Steuerzahler sehr viel, [...] aus der Bundeskasse zuschießt zur Stabilisierung der Renten, [...]

[...] Zum Beispiel die gute Entscheidung, niedrige Löhne in Ostdeutschland hochzuwerten, ist aus der Steuerkasse bezahlt worden. Das sind versicherungsfremde Leistungen, die dem ursprünglichen Umlageprinzip nicht entsprechen. [...]

[...] Vielen Dank für die Aufmerksamkeit! [...]

■ René Domke, FDP:

„Rentenpolitik ist [...] nicht nur Vergangenheitsbewältigung, es ist auch Zukunftsgestaltung“



Fotos: Uwe Sinnecker

[...] Rentenpolitik ist immer Vergangenheitsbewältigung.
[...].

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der CDU und FDP –
Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)*

[...] Und deswegen ist es [...] wichtig [...], dass wir einen neuen Paradigmenwechsel anstreben, und das Rentenpaket II ist auch nicht weniger als das.

[...] Für uns war entscheidend, [...] dass es endlich diese zusätzliche kapitalgedeckte Säule gibt, denn das umlagenfinanzierte Rentensystem kann nicht mehr funktionieren. [...] Wenn nicht mehr genug Beitragszahler da sind für immer mehr Ältere, für immer mehr Rentner [...], dann müssen sie trotzdem versorgt werden. Und wenn das nicht mehr zusammenkommt, muss ich mir Gedanken machen, wie ich es finanziere. Und dann muss ich auch mal über die Grenzen gucken und muss mal schauen, wie es dann woanders läuft.

[...] unser Interesse war immer [...], wir wollen das Rentenversicherungssystem endlich enkelfit machen [...]

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

[...] jetzt nehmen wir [...] Geld in die Hand, sparen etwas an und werden aus diesen Renditen heraus die Rente dann auch tatsächlich stabilisieren?! [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

[...] mit dem Einstieg in die Kapitaldeckung schaffen wir ein zweites Standbein oder im Grunde ist es ja sogar ein drittes, denn wir wollen eigentlich ja aus dieser Steuerfinanzierung irgendwann mal herauskommen. Das Rentenniveau wird bei 48 Prozent gesichert, das ist uns ehrlich gesagt zu wenig. Wenn das Modell sich aber rechnet, es sich trägt [...], dann kann es ja auch ein höheres Niveau geben. [...]

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

[...] Es muss möglichst risikoarm sein. [...] aber ich glaube, es gibt keine politische Kraft, die ein Interesse daran hat, dass die Rentenbeiträge irgendwann verpulvert werden.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

[...] in Schweden zum Beispiel werden 2,5 Prozent des Bruttogehalts für die sogenannte Prämienrente angelegt. [...] Das ist ungefähr auch das, was jetzt draufkommen wird. Wie gesagt, erst mal bleiben die Rentenbeiträge stabil, ab 2028 werden sie dann anziehen. Aber [...] wenn die Menschen [...] sehen, [...] dass da auch mehr bei rauskommt, [...] sind sie auch bereit dazu.

[...] Wir haben immer den jungen Generationen gesagt, ihr müsst für euch selber sorgen, ihr müsst schon mal ansparen. Ja, was sollen sie denn noch machen? Sie sollen jetzt schon mehr Rentner finanzieren mit Beiträgen, dann sollen sie noch privat vorsorgen [...], das ist doch keine Zukunftsperspektive für junge Leute!

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

[...] Warum verkaufen wir den Menschen im Land immer diese Vollkasko-Mentalität und denken nicht darüber nach, sie an den Renditen vernünftig zu beteiligen?! [...]

Und zum flexiblen Renteneintrittsalter: Auch das wird im Ausland erfolgreich praktiziert. [...] Natürlich gibt es Menschen, die schon mit 60 aus dem Arbeitsleben ausscheiden wollen, weil sie einfach durch sind aufgrund der körperlichen [...], der seelischen Belastung oder sonst irgendwas. Es gibt aber auch genug andere, die ständig anfragen und sagen, [...] ich möchte mich noch einbringen in die Gesellschaft, ich fühle mich noch fit genug. [...] warum ermöglichen wir das denn nicht? Warum gehen wir nicht diesen Schritt und schaffen da eine Flexibilität? [...].

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

[...] Rentenpolitik ist [...] nicht nur Vergangenheitsbewältigung, es ist auch Zukunftsgestaltung.

[...] wenn es uns gelingt, mehr Arbeitskräfte in Beschäftigung zu bringen, wenn es uns gelingt, mehr Beitragszahler zu bekommen, mag das [...] aufgehen. Solange uns das aber nicht gelingt [...], [...] müssen wir es anders machen. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

■ Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:

„Es ist eine Frage des Respekts vor Lebensleistung und Arbeitsleistung.“



Foto: Uwe Sinnecker

Es ist eine wichtige Aktuelle Stunde, weil es aktuell ist, dass die Bundesregierung das Rentenpaket II beschlossen hat. Und es ist auch eine wichtige Aktuelle Stunde, weil es immer wieder, aber eben auch gerade ganz aktuell Debatten über die gesetzliche Rente gibt, Debatten darüber, ob es Nullrunden für Rentnerinnen und Rentner geben soll. Und das betrifft unser Land elementar, denn 97 Prozent der Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland und damit auch bei uns im Bundesland haben als Rentnerinnen und Rentner nur ein einziges Einkommen, und das ist die gesetzliche Rente. [...]

Und deshalb ist es richtig, sich klar politisch zu positionieren. Und wir tun es als Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern. Für uns muss die gesetzliche Rente stabil bleiben.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und wir erteilen jedem Versuch an Nullrunden, an Kürzungen, an Erhöhung des Renteneintrittsalters eine Absage, denn wir wollen nicht, dass es zu Kürzungen dieser Einkommen kommt. Das ist wichtig für die Rentnerinnen und Rentner in unserem Land.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Und ich bin sehr dankbar, dass es angesprochen worden ist, dass die gesetzliche Rente nicht allein nur entscheidend ist für das Einkommen von Rentnerinnen und Rentnern – und ein Drittel unserer Bevölkerung im Land ist über 65 Jahre –, sondern dass es auch mit Respekt vor Arbeitsleistung zu tun hat. Es ist wichtig, dass diejenigen, die arbeiten gehen, wenn sie arbeiten, mit guten Löhnen, Tariflöhnen mehr haben, als wenn sie nicht arbeiten. Und es ist wichtig, dass diejenigen, die arbeiten gehen, später auch eine Rente haben, die höher ist, als

wenn sie nicht arbeiten gegangen wären. Es ist eine Frage des Respekts vor Lebensleistung und Arbeitsleistung. Und deshalb ist die Stabilität der gesetzlichen Rente sehr, sehr wichtig.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

[...] Deshalb ist es wichtig, in das wirtschaftliche Wachstum zu investieren, mit stabilen Arbeitsplätzen und mit guten Löhnen. Und hier haben wir Maßnahmen ergriffen, zum Beispiel mit dem Mindestlohn. Der Mindestlohn hat ganz konkret dafür gesorgt, dass die Rente gewachsen ist, nicht das Märchen, was viele erzählt haben, der Mindestlohn wird unser Land zum Untergang bringen, nein, wir haben dafür gesorgt, dass über eine Million Menschen, gerade Frauen in Ostdeutschland, bessere Löhne haben, und wir haben gleichzeitig damit dafür gesorgt, dass die Renten gestiegen sind. Das gehört zusammen.

Und so ist es auch mit dem Tariflohn. Eine Unterstützung des Tarifreuegesetzes, dass da, wo wir Steuergelder ausgeben, dafür gesorgt wird, dass Tariflöhne, tarifähnliche Löhne gezahlt werden, hilft den Menschen, die heute in Arbeit sind, und hilft den Rentnern, weil das gut für die Stabilität und die Höhe der gesetzlichen Rente ist.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Und gleichzeitig ist es wichtig, dass wir dafür sorgen, dass es für die Menschen ein sicheres Renteneintrittsalter gibt. [...] Natürlich können die Menschen, die länger arbeiten können und wollen, zusätzlich arbeiten, und es ist richtig, dass da auch an den Hinzuverdienstgrenzen etwas verbessert worden ist, dass diejenigen, die länger arbeiten als Rentnerinnen und Rentner, nicht bestraft werden. [...] Wir können aber nicht alle zwingen, länger als 67 zu arbeiten. Das ist schlichtweg für viele Berufe – in der Pflege, auf dem Bau – gar nicht möglich [...] Und deswegen ist für uns klar, dass das Renteneintrittsalter nicht noch weiter erhöht werden darf. Wir sind auch gegen die Abschaffung der abschlagsfreien Rente ab 63. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)



Foto: Landtag MV

Landeswahlleiter Dr. Christian Boden übergab am 2. November 2023 seine Entscheidung, die Volksinitiative zuzulassen, an Landtagspräsidentin Birgit Hesse.

Volksinitiative für bessere Kinderbetreuung

Mehr Qualität in Kindertagesstätten braucht Geld, Personal und Zeit

Ein Kindergartenplatz in MV ist beitragsfrei, die Fachkraft-Kind-Relation hingegen bundesweit die schlechteste. Eine Fachkraft betreut sechs Kinder in der Krippe, 15 in der Kita, 22 im Hort, adressierte die Volksinitiative „Betreuungsschlüssel für Kindertageseinrichtungen in M-V senken“. 16.182 Bürger unterzeichneten die Forderung nach einem Verhältnis von 1:4 in der Krippe, 1:10 im Kindergarten und 1:17 im Hort. Ein Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen schlug einen langfristigen Perspektivplan für schrittweise Verbesserungen vor. Per Änderungsantrag wollten CDU und FDP die Ausarbeitung dieses Konzepts am Runden Tisch und bis Juni erreichen. In der gleichen Debatte wurde auch der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen Mindestpersonalschlüssel in der Kinderbetreuung und höhere Kapazitäten der Erzieherausbildung diskutiert.

In den ausführlichen Ausschussberatungen und Anhörungen sei der Volksinitiative Respekt und Verständnis gezollt worden, berichtete der Vorsitzende des Bil-

dungsausschusses **Andreas Butzki** (SPD). Die Diskussionen hätten verdeutlicht, dass trotz aller Notwendigkeit das Anliegen der Volksinitiative weder finanziell noch personell umsetzbar wäre. Den Initiatoren der Volksinitiative sei es „im Kern“ um eine Entlastung der Fachkräfte gegangen, damit diese ihrem „gesetzlichen Bildungsauftrag“ nachkommen könnten. Da die Erstellung „eines Stufenplans [...] der einen klaren Zeitrahmen definiere“ befürwortet wurde, empfehle der Ausschuss den Antrag der Volksinitiative abzulehnen und der Entschließung der Koalitionsfraktionen zuzustimmen.

Kein Personal, kein Geld – das wollte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) nicht gelten lassen. Der „Ruf nach mehr Qualität“ kommt nicht nur vom Personal, sondern auch aus der Wirtschaft. „In der Kita fängt die Bildungsbiografie an und verfestigt sich, also müssen wir doch reagieren“, unterstrich die Abgeordnete. „Wo ein politischer Wille, da ist ein Weg“, und dafür brauche es eine „finale Deadline“ zur Umsetzung der Forderungen der Volksinitiative. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN favorisiert „ganz klar 2035“.

Bis dahin müsse ein Betreuungsschlüssel gelten, der vielerorts „längst Standard“ sei. Der Antrag ihrer Fraktion schlage deshalb vor, „über die Parteigrenzen hinweg“ an langfristigen Lösungen zu arbeiten.

„Es ist vollkommen richtig, notwendig und natürlich auch unstrittig, dass ein Mehr an Qualität eine bessere individuelle Förderung, Bildung und Betreuung ermöglicht“, stimmte Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) zu und warnte zugleich: „jedes Mehr“ bedeute auch ein Mehr an Personal und Kosten. Die geforderte Absenkung des Fachkraft-Kind-Verhältnisses würde mit 264 Millionen Euro jährlich und 5.000 zusätzlichen Stellen zu Buche schlagen. Würde auf weitere Forderungen eingegangen, käme man auf 500 Millionen Euro jährlich und 9.000 zusätzlichen Erziehern. Darum brauche „es mehr Zeit und vor allem mehr Augenmaß“, um ohne zu stolpern, mit kleineren Schritten „ganz gewiss“ voranzukommen.

„Das ist in der Tat ein sehr ambitioniertes Ziel, was die Volksinitiative hier fordert“, gab **Enrico Schult** (AfD) zu bedenken. Ein Blick auf die Prioritätensetzung ver- ra-

te, warum MV in diesem „Dilemma“ sei. Als einziges Land steckte man die Bundesmittel aus dem Gute-KiTa-Gesetz komplett in die Beitragsfreiheit. Da blieb nichts für Qualitätsverbesserungen übrig. In der Haushaltsberatung habe die AfD Einsparungen von 320 Millionen Euro vorgeschlagen. Das Geld wäre also da. Der zweite Punkt, der Fachkräftemangel, liege auch an der geringen Attraktivität des Erzieherberufes. Die AfD sehe hier die Verantwortung der Familien, da die Kita nicht alle Defizite auffangen könne. Die AfD werde die Volksinitiative auf jeden Fall unterstützen.

Torsten Renz (CDU) erinnerte an den breiten Ausschusskonsens zu einem „Zukunftspan“, der über die Legislaturperiode hinaus gelten müsse. Auch die Vertreter der Volksinitiative beharrten nicht auf sofortige Umsetzung ihrer Forderungen, aber auf eine Perspektive für die Eltern und Erzieher. Dies haben CDU und FDP im Entschließungsantrag nun „konkret“ formuliert. Trotzdem stelle sich die Frage: „Wo bekommen wir von heute auf morgen 5.000 Erzieher her?“ Der Abgeordnete bedauerte, dass es an der „Kraft“ fehle, hierzu eine Entschließung parallel zur Volksinitiative zu verabschieden. Stattdessen „feiert“ sich die Koalition für ihren „Verkaufsschlager“ Beitragsfreiheit.

Der „zentrale Punkt“ des Anliegens der Volksinitiative sei ein „klarer Zeitrahmen“ für Qualitätsverbesserungen in der Kindertagesbetreuung, erklärte **Dr. Monique Wölk** (SPD). Genau dies haben SPD und DIE LINKE im Entschließungsantrag und der Beschlussempfehlung des Ausschusses formuliert.

„Wir brauchen Zeit“, denn sowohl die Koalition als auch die Volksinitiative wollen „Verlässlichkeit“. Dabei dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass die Fachkräfteoffensive der Landesregierung schon „Wirkung“ zeige. Zusätzlich werde mit dem geplanten Rahmenvertrag zwischen Kommunen und Leistungsträgern der Personalschlüssel verbessert. Das schaffe bis Ende des Jahres genug Zeit für ein Konzept, ohne etwas „über das Knie zu brechen“.

Mit ihrem Entschließungsantrag lobe sich die Regierungskoalition vor allem selbst, kritisierte **Sabine Enseleit** (FDP). Wäre es ihr Ernst mit der Qualitätsverbesserung, würde sie den Mindestpersonal-

schlüssel wenigstens in Krippe und Hort einführen. Auch würde sie dann nicht im Kindertagesförderungsgesetz das Erzieher-Kind-Verhältnis von 1:14 als Kann-Bestimmung formulieren. Doch der „entscheidende Punkt“ bliebe, dass beide Anträge „das Wort Finanzierung konsequent“ verschwiegen. Somit hänge die Qualität der Kitas vom kommunalen „Geldbeutel“ ab. Darum könne die FDP auch nicht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen. Zusammen mit der CDU „bestehe“ ihre Fraktion als „seriöse Antwort auf die Volksinitiative“ auf „der gemeinsamen Erarbeitung eines Stufenplans auf Basis eines Runden Tisches“.

DIE LINKE habe immer das „sehr berechtigte Anliegen“ der Volksinitiative betont, versicherte **Jeannine Rösler** (DIE LINKE). Doch der Personalschlüssel ist nicht das einzige Qualitätskriterium. Es ginge der Koalition in erster Linie um ein „Gesamtpaket“. Dazu gehöre das „sehr gut angenommene“ Programm für Alltagshilfen in den Kitas. Auch werden Auszubildenden nicht auf den Personalschlüssel angerechnet. MV habe den bundesweit höchsten Anteil von Erziehern mit Fachschulabschluss. Jeannine Rösler riet, die Verhandlungen mit dem Bund zur dauerhaften Finanzierung der Qualität in den Kindertagesstätten abzuwarten. Die Koalition wisse „sehr wohl, woran noch zu arbeiten ist – Schritt-für-Schritt“ und „sehr verantwortungsvoll“, untermauerte die Abgeordnete.

Die Volksinitiative habe „einen Stein ins Rollen gebracht“, fasste **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zusammen, „der nicht mehr aufzuhalten ist“.

Der Antrag ihrer Fraktion wolle „eine Perspektive“ mit einer definierten Fälligkeit aufzeigen. Das Jahr 2035 sei „kein unrealistisches Ziel“, bestätigte die Abgeordnete. Selbst der Perspektivplan der Regierungskoalition „ist doch ein guter Ansatz“. „Füllen Sie ihn mit konkreten Jahreszahlen aus“, ermunterte Jutta Wegner ihre Kollegen.

Auch den Runden Tisch im Änderungsantrag von CDU und FDP könne ihre Fraktion unterstützen. Aber bei allen Vorschlägen fehle „Verbindlichkeit“.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehe sehr wohl „die Frage der Finanzierung“. Hier müsse eine gemeinsame Lösung im Sinne von „Bildung als Investition“ her.

Torsten Renz (CDU) blieb bei seiner Kritik, dass die Regierungskoalition sich zu sehr „selbst feiert“. Denn die Alltagshilfen und die ENZ-Erzieherausbildung werden vom Bund mitfinanziert. Es sei „falsch“ und „kritikwürdig“, den Eindruck zu erwecken, die Kosten trage das Land allein. Inzwischen regle der Gesetzgeber in Berlin, dass Bundesmittel aus dem Gute-KiTa-Fonds nicht mehr, so wie in MV, ausschließlich für die Beitragsfreiheit eingesetzt würden.

Torsten Renz war auch „gespannt“, ob die Opposition für die Erarbeitung des Perspektivplans hinzugezogen werde. Der Gemeinschaftsantrag von CDU und FDP sehe bei dem vorgeschlagenen Runden Tisch „ausdrücklich“ vor, alle Fraktionen des Landtages, alle Akteure und Fachleute einzuladen.

SPD und DIE LINKE befürworteten die Ablehnung des Antrages der Volksinitiative, die AfD und die fraktionslose Abgeordnete hingegen nicht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP enthielten sich.

Der Änderungsantrag von CDU und FDP scheiterte durch die Ablehnung von DIE LINKE, SPD, AfD sowie der fraktionslosen Abgeordneten bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses passierte das Parlament mit den Stimmen von SPD und DIE LINKE, der Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem Nein seitens der CDU, FDP, AfD sowie der fraktionslosen Abgeordneten.

Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde von allen Fraktionen verworfen.

mye

Antrag der Volksinitiative gemäß Artikel 59 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 8/2776 hierzu

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung und Kindertagesförderung

Drucksache 8/3487

hierzu

Änderungsantrag CDU und FDP

Drucksache 8/3512

in Verbindung mit:

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 8/3459

Debatte zu „Correctiv“- Recherche

Themen des Potsdamer Treffens kontrovers diskutiert

Auf Antrag der Fraktion der AfD erfolgte eine Aussprache zum Thema „CORRECTIV-Propaganda – Auftakt für den Kampf gegen Andersdenkende“. Hintergrund ist die mediale Aufmerksamkeit zu einem Treffen im November 2023 in Potsdam. Zahlreiche Menschen gingen nach der Veröffentlichung im Januar bundesweit auf die Straße, um für Vielfalt und Demokratie zu demonstrieren.

Die Recherchen des Medienhauses Correctiv über ein mutmaßliches Geheimtreffen von AfD-Politikern, CDU-Mitgliedern mit Rechtsextremisten und Unternehmern sowie die resultierende Berichterstattung und Demonstrationen sind von der AfD-Fraktion scharf kritisiert worden. An dem Treffen in Potsdam gebe es nach Maßstäben einer freiheitlichen Demokratie nichts Auffälliges zu vermelden, außer dass es von dem mit Staatsgeldern in Millionenhöhe gesponserten Netzwerk mit Stasi-Methoden ausgespäht wurde, sagte der AfD-Abgeordnete **Horst Förster** in einer von seiner Fraktion beantragten Aussprache. „Aber Falschmeldungen eines mit Steuermitteln unterhaltenen Recherchunternehmens werden von den Medien und staatlichen Organen aufgegriffen, um eine unliebsame Oppositionspartei zu vernichten“, erklärte Förster. In einer Medienkampagne sei es gelungen, Massendemonstrationen gegen rechts zu mobilisieren.

Die laut Zitat Förster „vermeintliche Wannsee-Konferenz 2.0“ reihe sich ein in eine Serie von Falschbehauptungen und unterbliebenen Richtigstellungen. In diesem Zusammenhang sagte er, dass der Verfassungsschutz zum „Regierungsschutz“ mutiert und zu einem Problem für den freiheitlichen Rechtsstaat gewor-

den sei. Unter den in Potsdam behandelten Themen sei auch die Remigration gewesen. „Remigration ist die notwendige Antwort eines Rechtsstaats auf eine millionenfache unkontrollierte illegale Massenmigration.“ Sie sei der notwendige Schritt, Recht und Wirklichkeit in Einklang zu bringen. Allerdings sei in Potsdam mit keinem Wort von Vertreibungen von Millionen deutscher Staatsbürger die Rede gewesen. Das habe selbst Correctiv eingeräumt. „Es gibt eine Allianz zwischen kriminellen Verleumdern und Staatsorganen.“

Innenminister **Christian Pegel** (SPD) äußerte die Sorge, dass sich die AfD mit ihrer Wahrnehmung in eine Selbstisolation begeben. Es sei eine abenteuerliche Überzeugung der AfD, dass sich die Medien in einer gemeinsamen Morgenkonferenz über die Auswahl der Nachrichten absprächen. Das gelte auch für den Vorwurf einer Verleumdungskampagne. Es gebe eine sehr große Bandbreite unterschiedlicher Positionen. „Dass die alle gemeinsam sich verabredet haben, eine Kampagne zu treiben, in einer Welt, die dank sozialer Medien so gläsern ist, halte ich für abenteuerlich“, betonte Pegel. Es gebe keinen Anlass zu glauben, die Meinungsfreiheit sei eingeschränkt. „Für Demokratie und Toleranz zu demonstrieren, kann nie falsch sein“, fuhr der Minister fort. Er kenne bislang niemanden, der sage, dass alles über die Potsdamer Konferenz Gesagte „erstunken und erlogen“ sei. Darauf beruhe die laufende kritische Auseinandersetzung. „Genau wie Sie für sich berechtigt die Meinungsfreiheit einfordern, müssen Sie allen anderen auch die Meinungsfreiheit gestatten“, sagte Pegel in Richtung der AfD.



Horst Förster, AfD



Innenminister Christian Pegel



Sebastian Ehlers, CDU



Michael Noetzel, DIE LINKE



Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



René Domke, Fraktionsvorsitzende der FDP



Martina Tegtmeier, SPD

Fotos: Sinnecker/Archiv

„Es ist schön, in einer Demokratie zu leben, in der jeder seine Meinung sagen darf. Wo man am Abend, wenn man aus dem Landtag herausgeht, nicht verhaftet wird, weil man vielleicht eine andere Meinung hat“, sagte der CDU-Abgeordnete **Sebastian Ehlers**. Förster solle das zur Kenntnis nehmen. Es sei in Deutschland kein Widerspruch, sich als Patriot für schwarz-rot-gold und gleichzeitig für Weltoffenheit und Toleranz auszusprechen. „Schwarz-rot-gold sind nicht die Farben der AfD, sondern die Farben unseres Staates, der Freiheit und der Demokratie.“

Das Vorgehen der AfD sei ein durchschaubares Manöver mit dem Ziel, von dem Gedankengut abzulenken, das tief in der Partei verwurzelt ist. Wieder einmal sollen andere Schuld sein, wenn aus der AfD Abscheulichkeiten, Absurditäten und purer Rassismus an die Oberfläche kämen. Dazu brauche es keine Details aus Konferenzen, es reiche, was die Partei öffentlich von sich gibt. „Der Kampf gegen Andersdenkende in diesem Land hat einen Ausgangspunkt. Und das ist nicht die Correctiv-Recherche, sondern das sind Sie und Ihre Ideologie“, betonte Ehlers. „Sie sind nicht Opfer, Sie sind die geistigen Brandstifter.“

„Funktionäre der AfD wurden mal wieder erwischt, wie sie unverblümt dumpfen Rassismus betreiben und Deportationsphantasien spinnen“, sagte **Michael Noetzel** (DIE LINKE). „Und was machen Sie nach der Veröffentlichung: Sie inszenieren sich als Opfer einer Hetzkampagne, finanziert durch die Mächtigen des Staates.“ Er sei es leid, diesem Trauerspiel eine Bühne zu bieten. Jedes Mal, wenn die rassistischen, antisemitischen und menschenverachtenden Ausfälle auf Empörung stoßen, wolle man es nicht so gemeint haben. Insbesondere „die böse Lügenpresse“ würde Zitate aus dem Zusammenhang reißen, um die Partei zu diskreditieren, warf Noetzel der AfD vor.

Er betonte, dass bislang kein Gericht den grundlegenden Wahrheitsgehalt der Correctiv-Recherche und den menschenverachtenden Charakter des Treffens in Potsdam in Frage gestellt habe.

„Und das machen auch die meisten AfDler nicht.“ Mit Blick auf mögliche Machtoptionen seien mehr AfD-Parteigänger bereit, ihre Maske fallen zu lassen. „Sie geben millionenfache Deportationen als offizielles Ziel der Partei aus.“ Das, was in Potsdam besprochen worden sei, habe nichts mit aktuellen Flüchtlingsaufkommen oder der Situation der Kommunen zu tun. „Das sind Scheindebatten, die wir mit rechten Hetzern nicht führen werden.“ Die Correctiv-Recherchen seien der Auftakt für einen Kampf für Demokratie und Menschenrechte.

„Die AfD hat Angst um sich selbst. Sie hat Angst, dass sie ihren Zenit überschritten hat“, erklärte **Constanze Oehrich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Sie habe auch Angst vor den vielen Tausend Menschen, die auf die Straße gehen. Überall träten die Menschen für Vielfalt und Demokratie ein. Sie seien sich einig darin, dass die AfD die Grundlagen der Gesellschaft angreife. „Das wollen sie nicht hinnehmen“, sagte Oehrich. Die Bevölkerung sei vielfältig und wolle dies mehrheitlich auch bleiben.

Die AfD bedrohe diese Vielfalt. „Die Correctiv-Recherche hat das pointiert beschrieben.“ Die vielen Tausend Menschen auf den Straßen hätten die AfD verängstigt. Um aus dieser misslichen Lage herauszukommen, greife die AfD zu einem Dreiklang aus Auslassungen, Verzerrungen und Falschbehauptungen, sagte Oehrich. „Also muss die AfD die Correctiv-Recherche als große Verschwörung darstellen.“ Angriffe auf Minderheiten, Medien oder demokratische Institutionen mache die wehrhafte Demokratie nicht mit. „Das macht die Zivilgesellschaft nicht mit und wir werden alles dafür tun, dass das so bleibt.“

Der Fraktionsvorsitzende der FDP, **René Domke**, fragte sich, warum die AfD die Aussprache angemeldet habe, nachdem sie in Prozessen um in Potsdam getätigten Äußerungen unterlegen sei. Möglicherweise suche die Partei die Opferrolle oder die Isolation. Was aber nicht durchgehen kann, sei die Verharmlosung dieser ungeheuerlichen Gedanken. „Er-

kennen Sie das doch einmal an, dass es bestimmte Formulierungen gab, die Sie nicht in Zweifel ziehen können.“

So habe die AfD den Wert der deutschen Staatsbürgerschaft an sich in Frage gestellt und zwar für Bürgerinnen und Bürger, die die Partei ausbürgern wolle. Die AfD habe selbst eingestanden, dass alles so gemeint gewesen sei und man dann natürlich Millionen von Staatsbürgern ausweisen und die Staatsbürgerschaft entziehen müsse, sagte Domke. „Um mit ihren Worten zu sprechen: Das ist kein Geheimplan, sondern ein Versprechen. Soweit können wir es festhalten. Das haben Sie sogar öffentlich bekundet“, sagte Domke in Richtung der AfD-Abgeordneten.

Auf die unglaublichen Vorgänge in Potsdam könne gar nicht oft genug der Scheinwerfer gerichtet werden, betonte die SPD-Abgeordnete **Martina Tegtmeier**. Ihr komme die von der AfD beantragte Aussprache vor wie „Haltet den Dieb“, wenn ein ertappter Bösewicht mit großem Geschrei andere beschuldigt, um so von seinem eigenen Vorgehen abzulenken.

Tegtmeier verwies darauf, dass der Verfassungsschutz die AfD als rechtsextremen Verdachtsfall eingestuft habe. „Dagegen haben Sie ja geklagt.“ Bei dem Prozess in Münster sei ein wahres Störfeuerwerk entzündet worden, um das Verfahren möglichst lange am Köcheln zu halten und sich über die anstehenden Wahlen retten zu können. Tegtmeier konstatierte aus ihrer Sicht: „Wie ich die AfD in MV erlebe, ist das für mich mehr als ein Verdachtsfall. Für mich ist sie eine rechtsextremistische Partei.“

Für eine Zukunft der Ukraine

Zusammenarbeit für die Integration in Europas Gemeinschaft



Julian Barlen (SPD)



Daniel Peters (CDU)



Bettina Martin (SPD)



Horst Förster (AfD)

Fotos: Sinnecker/Archiv

Thema Ukraine. In verbundener Debatte erörterte das Plenum einen Gemeinschaftsantrag von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie einen von CDU und FDP. Ursprünglich arbeiteten die fünf Fraktionen inhaltlich zusammen. Darum trugen beide Drucksachen eine gemeinsame Handschrift bezüglich der weiteren Unterstützung für die Ukraine. Alle einte der Dank für die bisherigen Bemühungen bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine. Die Anträge begrüßten EU-Beitrittsgespräche mit der Ukraine, den Ausbau partnerschaftlicher Beziehungen als Zeichen der Integration in die europäische Familie sowie den Start der Zusammenarbeit von MV mit dem Oblast Tschernihiw.

Es gab aber auch wesentliche Unterschiede. CDU und FDP betonten die besondere Rolle MVs in der Vergangenheit, woraus sie eine Verantwortung für die Zukunft der Ukraine ableiteten. Ebenso unterstrichen beide Fraktionen ihre Unterstützung der außenpolitischen Ziele der EU und des Bundes genauso wie eine Zwei-Prozent-Marke im Bundeshaushalt für Rüstungsausgaben oder die Forschung der Landesuniversitäten für nicht zivile Zwecke.

Mit ihrem Antrag positionierten sich die Einreicher „ganz explizit“ hinter die von MV in den Bundesrat eingebrachte und am 2. Februar 2024 beschlossene Entschließung zur Verurteilung des Krieges gegen die Ukraine, erklärte der Fraktions-

vorsitzende **Julian Barlen** (SPD). Es gehe aber vor allem um den Blick „nach vorn“. Darum sei die am 17. Januar 2024 unterzeichnete Absichtserklärung zur Zusammenarbeit zwischen MV und der ukrainischen Region Tschernihiw „gut und richtig“. Die Intention dieser begonnenen Partnerschaft im Geiste von Frieden, Freiheit und europäischen Werten sei ein „breit aufgestelltes Kooperationsnetzwerk“ auf der Ebene der Parlamente, der Kommunen und der Zivilgesellschaft. Umso mehr bedauerte Julian Barlen, dass sich CDU und FDP diesem Antrag nicht anschließen wollten.

Es sei eine „moralische Pflicht“, nicht nur den russischen Angriffskrieg zu verurteilen, sondern auch die Ukraine zu unterstützen, unterstrich **Daniel Peters** (CDU). Denn sie kämpfe „für die Werte, die wir alle teilen: Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung“.

Zu einem gewissen Grad erfolge die Unterstützung „auch aus Eigeninteresse“, da ein Sieg Russlands „unsere eigenen Sicherheitsinteressen“ bedrohe. Darum schlussfolgerte Daniel Peters: „Wir müssen die Ukraine militärisch unterstützen, um ihre territoriale Integrität und ihre Souveränität zu verteidigen.“ Diese Aspekte lasse der Antrag von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus, genauso wie Kritik an Russland oder Selbstkritik der SPD.

Seit genau 2 Jahren und 18 Tagen wüte ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf europäischem Boden, rief Wissenschaftsministerin **Bettina Martin** (SPD) in Erin-

nerung. Seitdem stehe die Landesregierung fest an der Seite der Ukraine. „Daran gibt es gar keinen Zweifel“, wurde die Ministerin deutlich. Mit der Bundesrat-Entschließung, eingebracht von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, zeige das Land „eine glasklare Haltung“. Dies werde mit „wirklicher Solidarität“ vor Ort konsequent fortgesetzt. Nicht nur engagierte Bürger haben Hilfslieferungen organisiert, auch die Landesregierung sei dabei. Der Doppelhaushalt sehe dafür insgesamt 175.000 Euro vor. Die Ministerin bedauerte, dass es keinen gemeinsamen Antrag mit CDU und FDP gab; das „wäre ein gutes Signal gewesen“.

Beide Anträge kennzeichne der Wille, den Krieg mit Durchhalteparolen bis zum Sieg über Russland fortzusetzen, beklagte **Horst Förster** (AfD). Der Standpunkt der AfD sei, den Krieg durch Diplomatie, statt Blutvergießen, zu beenden. Es müsse ein Frieden auf Basis des Minsker Abkommens möglich sein. „Was ist die Alternative?“, fragte der Abgeordnete. Weitere Jahre Krieg, in dem Russland und die Ukraine „ihre Jugend auf dem Schlachtfeld opfern“. Die AfD halte es für eine „Propagandalüge“, dass Deutschland noch nicht Kriegspartei sei und die Sicherheit Deutschlands in der Ukraine verteidigt werde. Wer eine diplomatische Lösung verneine, sage ja zu „hunderttausenden Toten“, einer „verwüsteten Ukraine“ und „noch mehr Elend“. Die AfD lehne beide Anträge ab.



Jeannine Rösler (DIE LINKE)

Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

René Domke (FDP)

„Jeder weitere Tag, den der Krieg anhält, ist unerträglich“, appellierte die Fraktionsvorsitzende **Jeannine Rösler** (DIE LINKE) an das Parlament.

Darum kann es nur eines geben: „Das unermessliche Leid, das Töten müssen enden! Und zwar schnell!“ Der erste Schritt dazu wäre ein Waffenstillstand und der Abzug Russlands aus der Ukraine. Die Abgeordnete rief ins Gedächtnis zurück, dass ukrainische Familien seit 2014 in Deutschland Sicherheit suchten. Viele von ihnen brauchten damals unsere Solidarität und Unterstützung, um ihre Abschiebung zu verhindern. „In der Regel gab es keine Chance – trotz aller Bemühungen, trotz gelungener Integration“, prangerte Jeannine Rösler an. Sie fragte sich, wer damals in politischer Verantwortung war. Das verbiete jetzt jeden „erhobenen Zeigefinger“ und sei eine „Doppelmoral, die ihresgleichen sucht“.

Seiner Fraktion sei es „ein Bedürfnis“, der Ukraine ihre Unterstützung und Solidarität zu versichern, übermittelte der Fraktionsvorsitzende **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Gleichberechtigte Partnerschaften der Bundesländer mit den Regionen in der Ukraine helfen auf allen Ebenen beim besseren Kennenlernen und „der Integration der Ukraine in die europäische Familie“. Der Abgeordnete hoffe, dass die zukünftige Russlandpolitik in MV „auf einem breiten interfraktionellen Konsens der Demokraten“ aufbaue. Der Rückzug von CDU und FDP aus dem Gemeinschaftsantrag habe ihn allerdings „ernüchert“.

Zudem verwehre sich seine Fraktion im Änderungsantrag gegen die Aufweichung der Zivilklausel der Universitäten. Jede staatliche Einflussnahme auf die Wissenschaftsfreiheit und die akademische Selbstverwaltung sei unakzeptabel.

Der Fraktionsvorsitzende **René Domke** (FDP) berichtete von seinen Erfahrungen bei einem Hilfstransport in die Nähe von Odessa im vergangenen Jahr. Die Eindrücke hätten ihn tief bewegt. Darum habe er kein Verständnis für die Argumentation, dass die Ukraine an den Verhandlungstisch gebracht werden müsse. Er befürworte hingegen Städtepartnerschaften „auf Augenhöhe“. Genau das würde den Menschen signalisieren, dass es weitergehe, „dass wieder aufgebaut wird, dass Verwaltung wieder handeln kann“.

Im Zusammenhang mit der einst durch MV betriebenen „Nebenaußenpolitik“ mit Russland vermisse er bis heute „das klare Bekenntnis der Ministerpräsidentin“, dass sie „falsch abgebogen“ war. Seine Fraktion hätte an einer ehrlichen Aufarbeitung großes Interesse.

Julian Barlen (SPD) dankte der Ministerin, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die gemeinsame politische und menschliche Haltung. Mit dem Antrag setzten die Unterzeichner „ein Zeichen der Hoffnung [...] der friedfertigen Verbindung zwischen den Menschen in den beiden Regionen“.

„Absolut unpassend“ fand der Abgeordnete die „Wende“ von CDU und FDP. Unmittelbar nach Kriegsbeginn habe es noch ein gemeinschaftliches Bekenntnis gegeben. Auch die Antragsausarbeitung wurde zusammen begonnen. Doch dann entschieden sich CDU und FDP für einen eigenen Antrag, ohne einen Vorschlag für die Partnerschaft mit der ukrainischen Region aber geprägt von einem „Tunnelblick auf die Vergangenheit“. Aus dem Thema „parteilpolitischen Profit“ ziehen zu wollen, sei „falsch“.

Über diese Partnerschaften hätten wir uns unterhalten können, ging **Daniel Peters** (CDU) auf die Kritik ein. Es gebe aber „zwei wesentliche Punkte“, die CDU und FDP anders sehen. Zum einen sei es die „besondere Rolle“ von MV im Verhältnis zu Russland. Die CDU habe ihre Vergangenheit selbstkritisch reflektiert und daraus resultiere die Entscheidung für einen Antrag mit der FDP.

Und zum anderen seien das die militärischen Hilfen. Die Regierungsfaktionen wollen das „ausklammern“. Das stelle eine „neue Qualität“ dar. Denn wer jetzt vom „Einfrieren des Krieges“ spreche, der habe „die Solidarität mit der Ukraine aufgekündigt“.

Daniel Peters glaubte „zutiefst“, dass die Ukraine in eine Position der Stärke „manövriert werden muss“, und das gehe nur mit „militärischer Unterstützung“.

Der Antrag von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde mit den Gegenstimmen von AfD, CDU und FDP bei sonstiger Zustimmung angenommen.

Ein Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum CDU-FDP-Antrag scheiterte an der Enthaltung der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten und der Ablehnung aller anderen Fraktionen. Beim Antrag von CDU und FDP enthielt sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN während das Nein von AfD, der fraktionslosen Abgeordneten, SPD und DIE LINKE die Annahme verhinderte.

mye

Antrag SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 8/3462
Antrag CDU und FDP Drucksache 8/3471
hierzu
Änderungsantrag
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/3531

Gesetz zu Jugendbeteiligung und Integration

Neue rechtliche Grundlagen fördern Vielfalt und Teilhabe im Land

■ Eine verbundene Debatte behandelte insgesamt drei Gesetzentwürfe, drei Änderungsanträge und die Beschlussempfehlung des Sozialausschusses zu den Themen gesellschaftliche Teilhabe, Migration und Integration. Aufgrund der Komplexität der Inhalte sprachen jeweils zwei Abgeordnete pro Fraktion.

Das erste Gesetz betraf die Zweite Lesung des Jugendbeteiligungs- und Vielfaltsgesetzes (JVG M-V) der Landesregierung. Es soll Kindern, Jugendlichen, Senioren, Behinderten und Migranten mehr Mitsprache, Teilhabe und Beteiligung an einer vielfältigen Gesellschaft gewähren. Diese Personengruppen stellten sich besonderen Herausforderungen und verdienten daher mehr Chancen. Die in Erster Lesung diskutierten Gesetzentwürfe der AfD forderten eine differenzierte Herangehensweise zum einen in der Kinder- und Jugendförderung und zum anderen bei der Integration von Migranten. Die Überweisung beider AfD-Entwürfe wurde abgelehnt. Sie gingen somit direkt in die Zweite Lesung.

Die Vorsitzende des Sozialausschusses, **Katy Hoffmeister** (CDU), verwies auf die in Ausschusssitzungen und öffentlicher Anhörung zutage getretenen Kritikpunkte am Gesetzentwurf der Landesregierung. Dem Text sei anzumerken, dass „vorrangig“ bereits „bestehende Strukturen“ gesetzlich verankert werden sollen. Zudem enthalte es wenige verbindliche Regelungen. So sei der Aufbau von Ombudsstellen für Kinder und Jugendliche eine „gesetzliche Verpflichtung“ und dürfe nicht vom Haushalt abhängen. Die Kommunen hätten angesprochen, dass der „Adressat“ des Gesetzes „fast immer“ sie selbst seien, ohne ihre finanzielle Ausstattung zu erweitern. Im Ergebnis der Diskussionen empfehle der Ausschuss, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Die von der AfD eingebrachten Ände-

rungsanträge wurden mehrheitlich abgelehnt und fänden sich nun als eigenständige Gesetzentwürfe im Plenum wieder.

Petra Federau (AfD) stellte den Gesetzentwurf ihrer Fraktion zur Evaluation der Kinder- und Jugendbeteiligung vor. Die AfD wolle eine „klare, transparente“ Bewertung der Wirksamkeit der bereits bestehenden 131 Angebote. „Zentraler Punkt“ sei ein regelmäßiger Bericht, ob und warum die Angebote genutzt würden. Denn die AfD fürchte eine zu frühe politische Vereinnahmung von jungen Menschen ohne gebührende Einbeziehung der Eltern.

Jan-Phillip Tadsen (AfD) erläuterte den Gesetzesvorschlag zur Integrationsförderung und Migrationsbegrenzung. Dessen „Eckpunkte“ bestünden darin, dass „Migrationspolitik den Interessen“ der Bürger diene und die Akzeptanz von

Migranten „aus der Gesellschaft heraus“ erfolge. Dafür brauche es eine „kritische Bestandsaufnahme“ mittels „gesetzlich festgeschriebenem“ jährlichen Migrationsbericht. Zum Abbau von „Vollzugsdefiziten“ befürworte die AfD die Einrichtung eines „Remigrationsbeauftragten“.

Christine Klingohr (SPD) detaillierte den Teil des Gesetzentwurfes, der das Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz betraf. Hier liege der Fokus auf einer „möglichst frühen“ demokratischen Teilhabe junger Menschen auf allen Verwaltungsebenen. Dafür sollen die Gemeinden Kinder- und Jugendbeiräte einrichten und das Land eine Geschäftsstelle schaffen. Der Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthalte Überschneidungen. Darum lehne die SPD diesen ab, genauso wie die Vorhaben der AfD.

Dagmar Kaselitz (SPD) erklärte die Integrations- und Teilhabekomponente des Gesetzentwurfes. Sie umfasse „alle Bereiche des Zusammenlebens der Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte“ und sie „ist in einem ausführlichen und breiten Beteiligungsprozess entstanden“. Die SPD lege Wert auf „ausreichende Sozialkontakte“, die „Vermei-

Jugendbeteiligungs- und Vielfaltsgesetz – JVG M-V

Integrations- und Teilhabegesetz - InTG M-V

- Erhöhung des Anteils der Menschen mit Einwanderungsgeschichte in der Verwaltung
- Schaffung des Amtes eines Landesintegrationsbeauftragten sowie eines Landesintegrationsbeirats als Beratungsgremium für die Landesregierung
- Schaffung von Beiräten für Migration und Integration in Landkreisen und Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern
- Einrichtung von Integrationsbeauftragten in den Kommunen

Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz - KiJuBG M-V

- Landkreise und Gemeinden sollen Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die deren Interessen berühren, beteiligen.
- Schaffung von:
 - Kinder- und Jugendbeiräten auf kommunaler Ebene
 - einer Geschäftsstelle Kinder- und Jugendbeteiligung auf Landesebene
 - Ombudsstellen zur Beilegung von Konflikten bezüglich Kinder- und Jugendhilfe

Weitere Regelungen

- verbesserte Anhörungs- und Beteiligungsrechte von Senioren
- Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und mit Einwanderungsgeschichte im Rat für Inklusionsförderung
- interkulturelle Öffnung in den Pflegeeinrichtungen: Zugangsbarrieren für Pflegekräfte mit Einwanderungsgeschichte abbauen

„Möglichkeiten zur Sprachenerwerb und zur Arbeitsaufnahme“.

Gewöhnlich ergreife die Landesregierung bei der Schlussabstimmung zu einem Gesetz nicht das Wort, hob Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD) hervor. Doch das Gesetz sei „bedeutsam“ und „wichtig“, schaffe es doch eine gesetzliche Grundlage für die Kinder- und Jugendteilhabe. Besonders in der Enquete-Kommission sei deutlich geworden, wie engagiert Kinder und Jugendliche ihre Interessen vertreten. Mit der Landesgeschäftsstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung setze man einen „bundesweit neuen Maßstab“.

Innenminister Christian Pegel (SPD) griff den migrationspolitischen Gesetzentwurf der AfD auf, wo Regelungen zur Ein- und Auswanderung gefordert wurden. Der Minister wies darauf hin, dass dies „ausschließlich“ in der Verantwortung des Bundes läge. Andere Vorschläge der AfD beträfen das Grundgesetz. Die angeführten sozialrechtlichen Bestimmungen obliegen dem Sozialgesetzbuch. Insgesamt überzeugten die Entwürfe der AfD nicht.

Katy Hoffmeister (CDU) widmete sich den Passagen zur Kinder- und Jugendbeteiligung im Gesetzentwurf der Landesregierung. Die Bestimmungen werden keine „tatsächlichen Veränderungen“ bringen, da sie weder mit einer „Verpflichtung“ noch mit zusätzlichen „Mitteln“ einhergingen. So blieben sie „reine Symbolpolitik“. Wichtiger wäre es, die Kommunen vor Ort entscheiden zu lassen.

Den Entwurf der AfD hielt die Abgeordnete für „aus der Zeit gefallen“. Die CDU lehne alle Gesetzentwürfe „aus unterschiedlichen Gründen“ ab.

Ann Christin von Allwörden (CDU) sprach zum AfD-Gesetzentwurf zu Migration und Integration. Dieser enthalte „latent rassistische Untertöne“ und sei schon deshalb abzulehnen. Zudem sei das deutsche Asylrecht nicht geeignet, Einwanderung und Fachkräftebedarf zu organisieren oder die Rentenkassen zu stabilisieren. Hier braucht es ein Einwanderungsgesetz. Die AfD hingegen „vermischt, was nicht zusammengehört“.

Trotz aller Kritik hielt **Christian Albrecht** (DIE LINKE) die Initiative der Landesregie-

rung für einen „erheblichen Schritt nach vorn“. Auf dieser Grundlage könne „später“ noch „sukzessive“ aufgebaut und nachgesteuert werden. In einer „schwierigen Haushaltssituation“ seien „Prioritäten“ notwendig.

Der AfD entgegnete Christian Albrecht, dass sie mit ihrem „autoritären Politikansatz“ die Beteiligung von Jugendlichen verhindere.

Mit dem Gesetzentwurf habe das Land Rahmenbedingungen erstmalig gesetzlich verankert, betonte Steffi Pulz-Debler (DIE LINKE). Dazu gehöre die „interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ und die Stärkung „der interkulturellen Kompetenz“ von Beschäftigten. Hinzu komme die Einrichtung von Integrationsbeauftragten auf Landes- und kommunaler Ebene. Der AfD hielt die Abgeordnete vor, dass deren Gesetzentwurf dem Bundes-, Europa-, Völkerrecht widerspreche und darum nichts im Parlament „zu suchen“ habe.

Der Gesetzestext der Regierung enthalte „reihenweise fachliche Unzulänglichkeiten“, bemängelte **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

„Zentrale Bausteine“, wie Verbindlichkeit, verlässliche Finanzierung, Transparenz, kommunale Beauftragte, regelmäßige Evaluierung und Berichterstattung fehlten. Völlig außer Acht blieben „junge Erwachsene“ im Alter von 18 bis 26 Jahren. Mit der Zustimmung zu den Änderungsanträgen seiner Fraktion würde vieles davon behoben.

Mit etwas Nachbesserung könnten die „großen Chancen“ des Integrations- und Teilhabegesetzes der Landesregierung „umfassender“ genutzt werden, versuchte Constanze Oehlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Verfasser zu überzeugen. In den Änderungsanträgen werbe ihre Fraktion für eine Förderung von Einbürgerungen durch das Land, für die „verpflichtende Einrichtung von Beiräten für Menschen mit Migrationsgeschichte“ in Kommunen mit über 10.000 Einwohnern sowie die „dauerhafte, verbindliche“ Stelle eines Landesintegrationsbeauftragten.

Schon die öffentliche Anhörung habe gezeigt, so **Barbara Becker-Hornickel** (FDP), dass dem Entwurf der Landesregierung die finanzielle Untermauerung und „verbindliche Vorgaben“ fehlten. Es werde „unnötigerweise in die kommunale Selbstverwaltung eingegriffen“. Die

AfD „verheddert sich“ in einem „Gemisch aus rückwärtsgerichtetem Familienbild und fehlendem Vertrauen in die demokratischen Strukturen“. Beides befriedige die FDP nicht. „Daher zweimal Ablehnung!“

René Domke (FDP) fand die Debatte „ziemlich durcheinander“, da nicht zueinander passende Gesetzentwürfe miteinander verknüpft wurden. Im Antrag der AfD sei ihm der „Remigrationsbeauftragte“ aufgefallen. Er wundere sich, ob das „ehrenamtlich“ geleistet werden solle und welches rechtliche Verfahren infrage käme. Die AfD müsse doch merken, dass dies nicht „funktionieren“ kann. Man müsse sicherlich über Integration reden, aber die AfD-Initiative komme zu spät.

Beide Änderungsanträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fanden keine Zustimmung im Parlament. Dem Änderungsantrag von SPD und DIE LINKE stimmten die Verfasser und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu. AfD, CDU, FDP und die fraktionslose Abgeordnete waren dagegen.

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses und das Gesetz als Ganzes wurden bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Ablehnung durch die AfD, CDU, FDP und der fraktionslosen Abgeordneten mit den Stimmen von SPD und DIE LINKE angenommen.

Die beiden Gesetzentwürfe der AfD wurden vom Antragsteller und der fraktionslosen Abgeordneten befürwortet, jedoch von allen anderen zurückgewiesen. mye

Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung Drucksache 8/2714 hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport

*Drucksache 8/3484
hierzu Änderungsantrag
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

*Drucksache 8/3519
Änderungsantrag
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

*Drucksache 8/3522
Änderungsantrag SPD und DIE LINKE
Drucksache 8/3525*

*in Verbindung mit:
Erste Lesung des Gesetzentwurfes
der AfD - Drucksache 8/3465
Erste Lesung des Gesetzentwurfes
der AfD - Drucksache 8/3466*



Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die besonders auf die Gesundheit ihrer Mitarbeitenden achten, sollen zukünftig mit einem Preis geehrt werden.

Betrieblicher Präventionspreis MV kommt

Gesundheitsförderung in Klein- und Kleinstbetrieben

Die Koalitionspartner von SPD und DIE LINKE haben 2021 in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen, gemeinsam mit den Wirtschaftskammern einen Präventionspreis ins Leben zu rufen. Damit wollen sie der zunehmenden Bedeutung der Gesundheitsfürsorge und -vorsorge in Betrieben Rechnung tragen.

Die Regierungsfractionen wollen einen betrieblichen Präventionspreis MV. „Bedingt durch demographische und gesellschaftliche Veränderungen sowie erhöhte Ansprüche in der Arbeitswelt wird die Förderung von Gesundheit am Arbeitsplatz immer bedeutender“, sagte **Henning Foerster** (DIE LINKE). Nur wer sich an seinem Arbeitsplatz wohlfühlt, könne einen entscheidenden Beitrag zur Produktivität seines Unternehmens leisten. In kleinen Unternehmen habe diese Erkenntnis noch nicht ausreichend Fuß gefasst. „Deshalb werden wir einen Präventionspreis MV ausloben, der die Klein- und Kleinstunternehmen darin bestärkt, Angebote im Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung und Prävention zu unterbreiten“, sagte Foerster. Einer der Hintergründe sei, dass in MV im Jahr 2030 etwa 60 000 Fachkräfte fehlen werden. Im Rahmen des Präventionspreises soll-

ten gute Praxisbeispiele vorgestellt werden, um Impulse zu geben und zur Nachahmung anzuregen, sagte Foerster. „Betriebliche Gesundheitsförderung ist eine Investition, die sich auf jeden Fall rechnet.“

In größeren Unternehmen gebe es etablierte Maßnahmen, die in Richtung der Klein- und Kleinstunternehmen zu transformieren sind, sagte Finanzminister **Dr. Heiko Geue** (SPD). Das sei gerade für MV ein wichtiger Aspekt. „Mit einem Durchschnittsalter von 47,4 Jahren haben wir hier in MV die drittälteste Bevölkerung in Deutschland, was sich naturgemäß in den Belegschaften widerspiegelt.“ Die Wirtschaft in MV sei auch sehr kleinteilig aufgestellt. Von den rund 67 000 Unternehmen im Land haben 84 Prozent weniger als zehn Beschäftigte. „Ist ein Mitarbeiter abwesend, der eine spezielle Funktion in einem Kleinstbetrieb hat, kann der gesamte Arbeitsablauf gestört werden“, sagte Geue. Mit der Auslobung des Präventionspreises für besondere Leistungen sollten kleine Unternehmen in ihrer Arbeit im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention bestärkt werden. Ziel sei es, die Motivation der Betriebe zu erhöhen, Maßnahmen der Gesundheitsförderung einzu-

führen, um die Produktivität und Wertschöpfung durch gesunde Mitarbeiter und entsprechende Vorsorge zu erhalten.

Der Antrag der Regierungsfractionen zeigt nach Ansicht des AfD-Abgeordneten **Michael Meister** eindrucklich, von welchen Fehlvorstellungen viele Abgeordnete des linken Spektrums inspiriert sein dürften. „Das Ausloben eines Preises ist nicht wirklich geeignet, der betrieblichen Gesundheitsförderung in angemessener Weise gerecht zu werden und läuft vollkommen an der Lebensrealität vorbei“, sagte Meister. Es müsste vielmehr überprüft werden, inwieweit Berufsgenossenschaften und Unfallkassen, an die die Unternehmen nicht wenig Geld zahlen, ihre Leistungen für die betriebliche Gesundheitsförderung ausweiten können. Denn die Berufsgenossenschaften seien bereits für die Verhütung von Unfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren zuständig. Den Unternehmen wäre mehr geholfen, wenn sie durch eine Verringerung der Abgaben und Bürokratie entlastet seien. Auch die Arbeitnehmer in Klein- und Kleinstunternehmen hätten mehr davon, wenn sie mehr Netto vom Bruttolohn übrigbliebe. „Dieser Antrag ist eine aus Steuermitteln finanzierte Werbekampagne für LINKE und SPD und sonst nichts“, betonte der AfD-Abgeordnete.

Der CDU-Abgeordnete **Wolfgang Waldmüller** fragte sich, ob LINKE und SPD mit dem Präventionspreis die richtigen Prioritäten setzen. Die Regierung könnte doch auch den „Goldenen Kaffeebecher“ für das Unternehmen mit den schönsten Pausenräumen oder die „Goldene Gießkanne“ für das beste Grünpflanzenkonzept in Büroräumen ausloben. „Oder was zu Ihrer Ideologie passt: Das Unternehmen mit den kürzesten Arbeitszeiten.“ Waldmüller zeigte sich sicher, dass die Unternehmen genügend über Gesundheitskonzepte wissen. Zufriedene und gesunde Mitarbeiter seien unverzichtbar und Voraussetzung für den Erfolg eines Unternehmens. „Das ist nichts Neues. Und das wird auch nicht neuer, wenn Sie ein Preis ausloben“, betonte Waldmüller. Diverse Verbände, Kammern, Gewerkschaften und Krankenhäuser hätten sich bereits mit den Sozialversicherungsträgern zusammengeschlossen, um Unter-

nehmen über die betriebliche Gesundheitsförderung zu informieren. „Durch diesen Preis wird kein kleiner Bauunternehmer seine Angestellten während der Arbeitszeit zu einer Klangtherapie oder zu einem Pilates-Training fahren.“

Es seien zumeist gesundheitliche Probleme, die die Menschen daran hinderten, bis zum gesetzlichen Eintrittsalter zu arbeiten, sagte **Christian Winter** (SPD). „Hier setzt die betriebliche Gesundheitsprävention an.“ Ältere Arbeitnehmer hätten ein enormes Knowhow, eine gute Qualifikation, bräuchten keine Einarbeitung und seien ihrem Arbeitgeber gegenüber überdurchschnittlich loyal. Es sei wichtig, für diese Arbeitnehmer geeignete Tätigkeiten zu finden oder ihnen flexiblere Arbeitszeiten anzubieten. „Diese Bedürfnisse und Chancen der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer müssen den Unternehmen durchaus noch stärker vor Augen geführt werden.“ Mit einer starken betrieblichen Gesundheitsförderung werde der Grundstein dafür gelegt, dass überhaupt eine Beschäftigung im Alter machbar ist, erklärte Winter. Zudem würden gleichzeitig Arbeitgeber für die Bedürfnisse der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sensibilisiert. „Gerade bei Klein- und Kleinstunternehmen ist hier wirklich noch Luft nach oben.“ Winter zeigte sich davon überzeugt, dass der Präventionspreis MV helfen werde, die Situation der Arbeitnehmer bei diesen Unternehmen zu verbessern.

Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bezweifelte, dass der Preis die Unternehmen plötzlich reihenweise dazu bringt, sich der betrieblichen Gesundheitsförderung zuzuwenden. „Wünschenswert wäre es allemal, weil die Bedeutung des Themas bei vielen Firmen nach wie vor unterschätzt wird“, sagte Wegner. Dabei sei das betriebliche Gesundheitsmanagement wichtig für die Mitarbeitenden selbst, für die Betriebe, die von gesundem Personal profitieren und für die Gesamtwirtschaft. Sie verwies auf eine Studie, nach der die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023 ohne die vielen Fehltag nicht um 0,2 Prozent geschrumpft, sondern um 0,5 Prozent gewachsen wäre. Gleichzeitig könne betriebliches Gesundheitsmanagement ein Instrument sein, um indirekt den Fachkräftemangel abzufedern, sagte

Wegner. „Denn gerade bei der älter werdenden Belegschaft in Deutschland und MV können gesundheitsfördernde Maßnahmen am Arbeitsplatz dazu beitragen, vorzeitiges Aussteigen aus dem Berufsleben wegen gesundheitlicher Probleme zu verhindern oder zumindest zu verzögern.“ Jeder und jede werde derzeit als Arbeitskraft gebraucht. Alles, was für mehr Gesundheit im Betrieb sorgt, sei zu befürworten. „Jedenfalls schadet ein Preis an dieser Stelle nicht“, betonte Wegner.

Die Auswirkungen fehlender Gesundheitsprävention in den vergangenen Jahren werden immer sichtbarer, erklärte die FDP-Abgeordnete **Barbara Becker-Hornickel**. So lägen die Zahlen von Menschen mit psychischen Belastungen deutlich höher als noch vor zehn Jahren. Arbeitgeber in Klein- und Kleinstunternehmen hätten jedoch längst erkannt, welche Bedeutung die Gesundheit ihrer Mitarbeiter hat. „Allein aus ihrem eigenen Interesse heraus sind sie doch dabei, alles zu tun, damit ihre Mitarbeiter im Unternehmen bleiben“, sagte Becker-Hornickel. Sie widersprach der Behauptung, dass keiner wisse, was Gesundheitsmanagement bedeutet. Sie verwies auf die gesetzlich vorhandenen Grundlagen, um aktive betriebliche Gesundheitsförderung zu ermöglichen. Es bestünden zahlreiche steuerliche Erleichterungen für entsprechende Maßnahmen. Zusätzlich gebe es hochprofessionelle Beratungsangebote. Die FDP-Abgeordnete schlug vor, statt eines Extra-Präventionspreises beim jährlich zu vergebenden Unternehmerpreis MV eine neue Kategorie für vorbildliche betriebliche Gesundheitsförderung einzuführen. Der vorgeschlagene Präventionspreis sei jedenfalls „überflüssig wie ein Kropf“.

Der Antrag wurde bei Zustimmung durch die Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Ablehnung von CDU, FDP und AfD angenommen.

mgl

*Antrag der Fraktionen
DIE LINKE und SPD -
Drucksache 8/3463*

Anträge zur Stiftung Klima- und Umweltschutz

Rechtssichere Überleitung
der Stiftung in die Zivilgesellschaft

■ Zwei Anträge erreichten das Parlament bezüglich der Stiftung Klima- und Umweltschutz MV. Neben dem Umweltschutz unterstützte die Stiftung mit einem zeitweisen wirtschaftlichen Nebenbetrieb den Bau der Erdgasleitung Nord Stream 2. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine bemühten sich Landesregierung und Landtag erfolglos um eine vollständige Auflösung der Stiftung. Ein neues Rechtsgutachten beschrieb die Entkopplung der Stiftung von der staatlichen Beteiligung als eine rechtlich machbare Lösung im allseitigen Interesse. Deshalb beauftragten die Regierungsfractionen die Landtagspräsidentin, diesen Prozess gemeinsam mit allen Beteiligten zu moderieren. Ein AfD-Antrag forderte, die Ewigkeit der Stiftung zu akzeptieren und deren Kooperation mit Schulen nicht zu verhindern. Beide Drucksachen wurden nur von den jeweiligen Antragstellern unterstützt.

Mit dem Antrag von SPD und DIE LINKE wolle man bei der Umsetzung der interfraktionellen Initiative vom 01. März 2022 vorankommen, begründete **Julian Barlen** (Fraktionsvorsitzender SPD) den Tagesordnungspunkt zur Klimaschutzstiftung. Mit dem nun vorliegenden Gutachten von Dr. Urban wurde ein „rechtssicherer“ und „konstruktiver Weg“ zum Umgang mit der Stiftung aufgezeigt. Demnach gebe es zwar keine „rechtlich haltbare“ Möglichkeit zur Auflösung der Stiftung. Sie könne aber „komplett in die Hände der Zivilgesellschaft“ gelegt werden, um langfristig dem Klima- und Umweltschutz im Land zu dienen. Dann arbeite die Klimaschutzstiftung „unter nahezu identischen Rahmenbedingungen“ wie die im Zusammenhang mit Nord Stream 1 gegründete und vom BUND geleitete Ostseestiftung weiter.



Julian Barlen (SPD)



Horst Förster (AfD)



Christian Pegel (SPD)



Sebastian Ehlers (CDU)

Für rund 60.000 Euro brachte das Gutachten „genau das zu Papier“, was die AfD schon immer „Punkt für Punkt“ vertreten habe, kritisierte **Horst Förster** (AfD) die Vorgehensweise. Über den Fortbestand der Stiftung bestimme allein, ob der Zweck Klima- und Umweltschutz nachhaltig erfüllt werden könne: „Und das war und ist zweifelsfrei der Fall“, unterstrich Horst Förster. Zudem gehe er davon aus, dass in den Ministerien „kluge Juristen“ schon früh die Unmöglichkeit der „rechtskonformen Auflösung“ festgestellt hätten. Auch habe die Justizministerin als Stiftungsaufsicht die Jahresberichte samt Beleg der Erfüllung des Stiftungszwecks „anstandslos genehmigt“. Dennoch wurde für viel Geld ein Düsseldorf-Rechtsanwalt „als Nachhilfelehrer“ für „einen mehrheitlich lernunwilligen Landtag“ bestellt. „Was für ein absurdes Theater!“, urteilte der Abgeordnete.

Innenminister **Christian Pegel** (SPD) erinnerte das Parlament an seine Position vom Juni 2023, wo es aus Sicht der Landesregierung keine Option zur Auflösung der Stiftung ohne Mitwirkung des Vorstands gab. Auch habe er auf drohende „langfristige Rechtsstreitigkeiten“ hingewiesen, womit „keinem gedient“ gewesen wäre. Das jetzt von der Landtagspräsidentin veranlasste unabhängige Gutachten betone, dass der zeitliche Abstand eine andere Beurteilung erlaube. So seien die zuvor befürchtete „totale“ Isolation der Stiftung oder Forderungen nach einer Rückzahlung der Stiftungsgelder nicht eingetreten. Diese Stiftung, argumentierte der Innenminister, sei in diesem Landtag „ins Leben gerufen worden“ und daher sei es wichtig, wenn dieser Landtag die Regierung beauftrage, den „skizzierten Lösungsweg“ einzuschlagen.

Die CDU sehe eine „moralische Verpflichtung“ und bleibe bei ihrem „politischen Willen“, dass diese Stiftung nicht weiterarbeiten solle, stellte **Sebastian Ehlers** (CDU) klar. Die Stiftung existiere auch deshalb noch, weil die Ministerpräsidentin bis heute kein Kuratorium eingesetzt habe. Laut Stiftungssatzung könne mit einstimmiger Zustimmung des Vorstands und zwei Dritteln des Kuratoriums die Auflösung erfolgen. Ohne Kuratorium sei das nicht umsetzbar. Der CDU gehe es auch um klare Verantwortlichkeiten. Zur Trennung vom staatlichen Einfluss genüge eine von der Aufsichtsbehörde, also dem Justizministerium, genehmigte Satzungsänderung. „Die Zuständigkeit dafür liegt nun mal bei der Landesregierung, nicht beim Landtag, nicht bei der Landtagspräsidentin“, fasste Sebastian Ehlers zusammen. Die CDU lehne den Antrag ab.

Michael Noetzel (DIE LINKE) bestätigte, dass seine Fraktion der Stiftung damals „ohne Vorbehalte“ zugestimmt habe. „Genauso wie wir den russischen Angriffskrieg vorbehaltlos, damals und auch heute noch, verachten und das auch deutlich gemacht haben“, fügte er hinzu. DIE LINKE fordere gleichfalls die Stiftungsauflösung, aber dies müsse „juristisch sauber und juristisch einwandfrei“ erfolgen. Die Idee seines Vorredners, dass die Stiftung einen Antrag stelle, der dann vom Ministerium genehmigt werde, funktioniere so nicht. Dank des Gutachters, Dr. Urban, gebe es dazu jetzt „Klarheit“. Darum sei es „richtig und wichtig“, die verschiedenen vorgeschlagenen Wege zu prüfen. Dabei sollen die Stiftung, die Regierung und der Landtag „mitgenommen“ werden. Somit bitte er um Zustimmung zum Antrag.

Das teure Gutachten weise „mehrere schwerwiegende Fehler“ auf, kritisierte **Constanze Oehlich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Dr. Urban verkenne, dass der Bau der Pipeline „erklärter Hauptzweck“ der Stiftung war. Darum käme er zu der „fehlerhaften Schlussfolgerung“, die Stiftung könne „nicht rechtssicher beendet werden“. Eine Stiftung könne bei Gefährdung des Gemeinwohls beendet werden, so wie das Gutachten von Prof. Weitemeyer darlege. Diese Gefährdung lasse sich auf „der Billigung des völkerrechtswidrigen Vorgehens Russlands“ und das Unterlaufen von Sanktionen beim weiteren Bestehen der Stiftung stützen. Die Abgeordnete mahnte, dass nur ein „unabhängiges Gerichtsurteil“ die „nötige Rechtssicherheit“ schaffe. Diese Option stehe der Regierung weiterhin zur Verfügung. Ihre Fraktion lehne den Antrag ab.

René Domke (FDP) fragte sich, warum die Regierungskoalition diesen Antrag überhaupt vorlege. Er diene einzig dazu, „irgendein Handeln“ der Landesregierung und der Stiftung „irgendwie“ herbeizuführen und die fehlende Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom 1. März 2022 zu legitimieren. Vor zwei Jahren habe es im Gutachten von Prof. Weitemeyer „Ansätze“ gegeben, die man hätte verfolgen können. Hätte die Landesregierung „das gleiche Engagement“ wie bei der Gründung gezeigt, dann wäre dem Land „eine Menge Peinlichkeit erspart geblieben“. Das Problem habe sich aber „nicht von allein gelöst“ und der Landtagsbeschluss scheinbar nicht mehr erfüllbar zu sein. Mit der FDP werde es kein „Greenwashing“ dieser Stiftung geben. Die „bittere Wahrheit“ sei, dass sie als „Denkmal verfehlter Nebenaußenpolitik“ erhalten bliebe.



Michael Noetzel (DIE LINKE)

Constanze Oehrich
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

René Domke (FDP)

Fotos: Sinnecker/Archiv

Julian Barlen (SPD) warf CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, die Realitäten nicht anzuerkennen. Sie trügen keine Vorschläge bei, wie der interfraktionelle Antrag von 2022 umgesetzt werden könne. Auch die Kritik an dem Honorar für Rechtsanwalt Urban ließ Julian Barlen nicht gelten. So koste der von der Opposition geforderte Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Klimaschutzstiftung allein pro Sitzungstag 60.000 Euro. Auch könne er nicht nachvollziehen, es hätte ein „Zeitfenster“ für die Auflösung der Stiftung gegeben. Damals sei unterstellt worden, die Stiftung sei nicht arbeitsfähig. Das sei jedoch nie der Fall gewesen. Jetzt müsse darüber geredet werden, welche Lösung am bes-

ten mit dem interfraktionellen Antrag übereinstimme und nicht zu „endlosen Rechtsstreitigkeiten“ führe.

Jeder, der sich „rechtlich“ damit befasse, so **Horst Förster** (AfD), könne nicht leugnen, dass die Stiftung nicht auflösbar sei. Dies sei „keine politische Frage“. Und weil dem so sei, könne der Beschluss auch nicht umgesetzt werden. „Dr. Urban hat nichts festgestellt, was Sie nicht bei mir bereits lesen können“, wiederholte der Abgeordnete. Er wundere sich, warum ein Rechtsanwalt, die strukturell höhere Kompetenz“ habe als dieser Landtag oder die Ministerien, die mit Juristen „gespickt“ seien. Der Abgeordnete bekräftigte seine Kritik an der Bildungsministerin, die den

Schulen verbiete, mit der Stiftung zusammenzuarbeiten. „Das ist reine Ideologie. Das ist weder rechtlich noch moralisch noch politisch zu rechtfertigen. Was da geschieht, das ist ganz einfach Bockigkeit“.

Der Antrag von SPD und DIE LINKE wurde mit den Stimmen der Antragsteller und den Gegenstimmen aller anderen angenommen.

Der Antrag der AfD wurde durch den Antragsteller und die fraktionslose Abgeordnete befürwortet, aber vom Rest des Parlaments abgelehnt.

mye

Antrag SPD und DIE LINKE

Drucksache 8/3464

Antrag AfD Drucksache 8/3468

Keine Steuerbefreiung von Energiehilfen

Landesregierung verweist auf Zuständigkeit der Bundesregierung

Von Bundesgesetzen sind die Bundesländer selbstverständlich betroffen. Doch die Möglichkeiten der Länder, an der Gesetzgebung etwas zu ändern, sind begrenzt. So fand denn der Antrag der FDP-Fraktion zum Verzicht auf die Besteuerung von Energiehilfen kaum Unterstützer.

In der Diskussion um den Antrag der FDP-Fraktion, auf die Besteuerung von Energiehilfen zu verzichten, ergriff Finanzminister **Dr. Heiko Geue** (SPD) als erster das Wort. Er bedauerte, dass der Antrag von der FDP-Fraktion nicht selbst zurückgezogen worden sei. „Es geht um Energiehilfen, es ist alles Bundesrecht.“ Er verwies darauf, dass der Einwand der

FDP wegen zu viel Bürokratie, nicht trage. Denn der Bundesminister für Finanzen, Christian Lindner, sei selbst FDP-Politiker. „Vielleicht sollten Sie mal was auf der Bundesebene dagegen machen“, sagte Geue in Richtung der FDP-Fraktion. Nach seiner Ansicht hat Deutschland die bisherigen Krisen gut überstanden, es habe keine Massenarbeitslosigkeit oder Masseninsolvenzen von Unternehmen gegeben. Wenn nun aber die Landes-FDP beklage, dass es Maßnahmen gebe, die einen höheren Aufwand erforderten als sie Nutzen bringen, müsse sie sich fragen: „Wer ist der Adressat? Das muss doch von der Bundesebene kommen, dass man das von vornherein prüft!“ Die Länder seien doch die Leidtragenden,

die sich mit Bundesgesetzen auseinandersetzen müssten.

„Hier so zu tun, als ob alles nur vom Bundesfinanzministerium geregelt wird, als ob es keine Finanzministerkonferenzen und keinen Fachaustausch gibt – das nehme ich Ihnen nicht ab“, erwiderte **Martin Schmidt** (AfD). So gebe es für die Länder die Möglichkeit einer Bundesratsinitiative. Schmidt schlug der FDP vor, eher harte, essentielle Themen anzugehen. Auf der deutschen Bevölkerung lasse das große Joch, Zahlmeister für alles und jeden zu sein. „Warum streicht die FDP hier nicht während der Haushaltsverhandlungen im Land mal ordentlich die ideologischen Haushalte zusammen

– so wie meine Fraktion das jedes Mal tut.“ So könnte die FDP wirklich relevante Steuern senken, wie zum Beispiel die Grunderwerbssteuer. Besser wäre es nach Ansicht Schmidts, es würden politische Stellen gestrichen. „Die Arbeiter und Unternehmer stehen nicht jeden Morgen um sechs Uhr auf, nur damit irgendwelche Typen eine politische Stelle beim Staat haben.“ Daran habe aber die FDP-Fraktion kein Interesse. Die Probleme der Besteuerung von Energiehilfen könnten der FDP-Bundestagsfraktion ins Stammbuch geschrieben werden. „Aber das müssen wir hier nicht beschließen“, sagte Schmidt.

„Die Hilfen waren gut und sie waren notwendig“, erklärte **Christiane Berg** (CDU). Spät, aber nicht zu spät habe die Ampelregierung auf die Besteuerung der Energiehilfen verzichtet. Von einer Besteuerung der Gas- und Strompreisgrenze sei auch abgesehen worden. Nach Einschätzung der CDU-Fraktion hätte auf die Besteuerung der Energiepreispauschale 2022 auch rückwirkend verzichtet werden können. Darauf habe sich die Bundesregierung aber nicht einlassen wollen. „Dabei wäre der Verzicht auf diese Besteuerung nicht nur im Sinne der Wirtschaftlichkeit geboten, sondern auch möglich gewesen.“

Torsten Koplín (DIE LINKE) nahm Finanzminister Geue gegen Vorwürfe in Schutz, er würde Verantwortung wegschieben. „Mitnichten macht er das. Er

nimmt vielmehr Verantwortung wahr.“ So weise er beim Bundesfinanzministerium stets auf die Folgen von Entscheidungen im Bund hin. An dieser Stelle werde die von Geue getragene Verantwortung deutlich.

Der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Dr. Harald Terpe**, verwies darauf, dass der FDP-Antrag bereits Mitte Juli 2023 auf der Tagesordnung des Landtags gestanden habe. Er sei aber aus Zeitgründen wieder abgesetzt worden. Acht Monate später sei er wieder auf der Tagesordnung zu finden. „Acht Monate, in denen in der Sache viel passiert ist.“ Ein Teil des Anliegens habe sich bereits erledigt und sei längst entschieden. Schon laufende Steuerverfahren wieder aufzumachen, würde zu einem unververtretbaren Mehraufwand führen. Es stelle sich die Frage, ob sich der Landtag mit der Absetzung von der Tagesordnung im vergangenen Juli einen Gefallen getan habe. „Wir haben uns die Chance genommen, das durchaus berechtigte Anliegen so zeitnah zu diskutieren, dass die Landesregierung noch hätte tätig werden können“, sagte Terpe. Er verwies darauf, dass immer wieder Tagesordnungspunkte wegen Zeitproblemen gestrichen werden müssten. Dies werde gewiss auch in dieser Tagungswoche geschehen. So lasse sich nur sagen: „Der Antrag passt nicht mehr zur aktuellen Situation.“

Der Fraktionsvorsitzende der FDP, **René Domke**, räumte ein, dass sich zwei Antragspunkte bereits erledigt hätten. Es sei allerdings nicht verständlich, warum nicht über den Änderungsantrag gesprochen worden sei. Es gehe darum, für die Zukunft zu lernen. „Warum wird nicht gleich eine Bürokratie-Abschätzung vorgenommen? Warum wird nicht gleich die Wirtschaftlichkeit betrachtet? Warum schauen wir nicht gleich auf die Verhältnismäßigkeit?“ Genau darauf ziele der FDP-Antrag ab. Dann würde das erreicht, was die FDP wolle. Den Menschen zu helfen und nicht eine überbordende Steuerbürokratie zu befördern.

„Das Pferd ist schon tot, da hätten wir eigentlich schon absteigen müssen“, betonte **Tilo Gundlack** (SPD). Er ging in seiner kurzen Rede davon aus, dass bei vom Bundesfinanzministerium aufgelegten Regelungen die Folgen vorab geprüft werden. „Wenn ich jemandem Geld gebe, muss das dann versteuert werden oder nicht.“ Wenn das nicht geprüft wird, tue ihm das leid, sagte Gundlack. Die Anträge der FDP wurden mehrheitlich abgelehnt.

mgl

*Anträge der Fraktion der FDP
Drucksache 8/2343
Drucksache 8/3485*

Diskussion um Cannabis-Legalisierung

Landtag steht hinter dem Gesetz der Ampelregierung

Die Diskussion um die Cannabis-Legalisierung war in den vergangenen Monaten emotional geführt worden. Wenige Tage, bevor der Bundesrat das Gesetz durchwinkte, prallten die Argumente auch im Landtag von MV aufeinander.

Die Fraktionen von AfD und CDU haben in zwei getrennten Anträgen die Landesregierung aufgefordert, sich im

Bundesrat gegen die von der Bundesregierung angestrebte Legalisierung des Cannabis-Konsums einzusetzen.

„Deutschland, einst das Land der Dichter und Denker, ist auf dem besten Weg, sich zum Land der Kiffer oder besser, der Bekiffen zu entwickeln“, sagte der AfD-Abgeordnete **Horst Förster**. Deutschland solle nach dem Willen der Ampelregie-

rung beim Umgang mit der Droge in Europa sogar eine Vorreiterrolle einnehmen. „Dem muss Einhalt geboten werden.“ Es sei vorherzusehen, dass die angestrebten Ziele wie Bekämpfung des Schwarzmarktes oder ein besserer Kinder- und Jugendschutz nicht erreicht werden. „Es wird nur schlimmer werden.“ Die Bundesregierung setze sich mit ihrem Gesetzesentwurf über alle Warnun-

gen aus der Ärzteschaft, Justiz, Polizei oder von Pädagogen hinweg, sagte Förster. So sei die Altersgrenze mit 18 Jahren zu niedrig angesetzt, da die Gehirnentwicklung in diesem Alter noch nicht abgeschlossen sei. Cannabis-Konsum fördere Depressionen, Angstzustände, Paranoia oder Psychosen. „Die Bedenken und Warnungen kommen aus allen Richtungen. Die Ampel lässt das kalt.“ Erfahrungen etwa aus den Niederlanden zeigten, dass der Cannabis-Konsum steigt. Eine verhängnisvolle Signalwirkung in Richtung Verharmlosung und Normalität sei zu erwarten. Gleichzeitig würde die Polizei weiter belastet.

Bei der Cannabis-Legalisierung werden nach Ansicht von **Katy Hoffmeister** (CDU) insbesondere Kinder- und Jugendliche sowie die Justiz und Sicherheitsbehörden die Leidtragenden sein. „Man muss weder Gesundheits- noch Rechtsexperte sein, um zu erkennen, dass das vom Bundestag beschlossene Gesetz inhaltlich und handwerklich eine Vollkatastrophe ist.“ Es sei völlig unerklärlich, wie man trotz der Warnungen von Ärzten, Psychologen, Kinder- und Jugendschützern und der Sicherheits- und Justizbehörden ein derartiges Gesetz auf den Weg bringen kann – „insbesondere, wenn man als Minister auch noch Mediziner ist“, sagte Hoffmeister in Richtung von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD). Die CDU-Politikerin kritisierte eine Reihe von Regelungen in dem Gesetz wie die Altersgrenze von 18 Jahren für den Besitz von Cannabis oder die Grenze von 100 Metern rund um Schulen beim Konsum der Droge. Auch der Besitz von 25 Gramm Cannabis im öffentlichen Raum sei realitätsfern, denn niemand könne kontrollieren, ob diese Menge für den Eigenbedarf oder den Handel sei. Dazu gehöre auch der erlaubte Anbau von drei Cannabis-Pflanzen oder der Besitz von 50 Gramm Cannabis in der eigenen Wohnung, denn das könne niemand kontrollieren. „Die Cannabis-Legalisierung ist ein Konjunktur-Programm für den illegalen Handel“, folgerte Hoffmeister.

Innenminister **Christian Pegel** (SPD) verwies darauf, dass das vom Bund geplante Cannabis-Gesetz ein sogenanntes Einspruchsgesetz ist. Die Länder könnten den Vermittlungsausschuss anrufen. Das bedeutet, dass selbst wenn der Bundes-



Professioneller Anbau von Cannabis-Pflanzen

Foto: Richard T. Yovh/unsplash

rat gegen das Gesetz sei, der Bundestag diesen Widerspruch überstimmen könne. Das seien die echten Handlungsmöglichkeiten der Länder. Pegel sagte, dass auch MV kritisch auf das Gesetz und seine Regelungsinhalte schaue. Möglicherweise ergäben sich zusätzliche Belastungen für die Polizei, eventuell müssten auch Behörden neu geschaffen werden. „Das Gesetz versucht den Spagat zwischen ganz viel Kontrolle und trotzdem Freigabe. Dieser Spagat wird in einer sehr deutschen Variante und einer Vielzahl von sehr detaillierten Regelungen gelöst.“ Die Landesregierung treibe die Frage um, wie eine Amnestieregelung für bislang im Zusammenhang mit Cannabis verurteilten Straftätern gestaltet werden und in welchem Zeitrahmen das möglich sein kann. Problematisch sei auch die Regelung zum 100-Meter-Abstand zwischen dem Ort des Konsums und Kinder- und Jugendeinrichtungen. Bedenken äußerte Pegel auch bei den Kontrollen der sogenannten Anbauvereine, die laut Gesetz in jährlichem Abstand stattfinden sollen.

Die Ziele des Gesetzes und die zu erwartenden positiven Auswirkungen der Entkriminalisierung seien weitreichend, sagte **Constanze Oehrich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Dabei gehe es gar nicht um eine vollständige Legalisierung. „Der illegale Handel wird wirksam eingedämmt, der Schwarzmarkt verdrängt und der Konsum von auf dem Schwarzmarkt

erworbenem Cannabis mit giftigen Beimengungen und Verunreinigungen reduziert.“ Darüber hinaus werde der Gesundheitsschutz verbessert, denn auf dem Schwarzmarkt erworbener Cannabis enthalte oft zu viel von dem Wirkstoff Tetrahydrocannabinol (THC). Zu oft gebe es auch gefährliche Beimengungen, deren Wirkungen nicht eingeschätzt werden können. Die Weitergabe durch die sogenannten Anbauvereinigungen unterliege strengen Qualitätsanforderungen und behördlicher Kontrolle. Zudem werde durch die Entkriminalisierung die Strafverfolgung, also Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte, entlastet, sagte Oehrich. Bei rund 180 000 Strafverfolgungen im Zusammenhang mit Cannabis-Delikten komme da einiges zusammen. Die Grünen-Abgeordnete verwies auf einen verbesserten Jugendschutz durch zusätzliche Aufklärung, insbesondere die Abgabe an junge Erwachsene durch die Anbauvereinigungen sei streng reglementiert.

Die Sucht- und Drogenpolitik bei Cannabis war nach Ansicht von **Torsten Koplín** (DIE LINKE) von Beginn an untauglich. „Sie war repressiv angelegt, sie hat stigmatisiert und kriminalisiert.“ Seine Partei stehe für die Cannabis-Legalisierung im vorgesehenen Umfang, die Entkriminalisierung des geringfügigen Gebrauchs und wolle den Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten statt eines unkontrollierten Umlaufs hochtoxischer Substanzen. Der Schwarzmarkt solle trocken gelegt und Justiz sowie Polizei auf lange Sicht entlastet werden. „Wir ver-

Foto: David Gabric/unsplash



Hanf ist eine meist einjährige krautige Pflanze. Die Blätter sind handförmig zusammengesetzt.

harmlosen nicht die Risiken, die sich mit dem Gesetz verbinden. Wir stehen deshalb für die Stärkung von Aufklärung und Prävention.“ Das Gesetz gehe trotz aller Unvollkommenheiten in die richtige Richtung, betonte Koplín.

„Erwachsene Menschen sollen die Möglichkeit haben, selbst zu entscheiden, ob sie Cannabis konsumieren möchten oder nicht. Das basiert auf dem Prinzip der persönlichen Freiheit und Selbstbestimmung“, erklärte **Sandy van Baal** (FDP). Die Teillegalisierung von Cannabis werde dazu beitragen, den Schwarzmarkt einzudämmen und die Qualität der Produkte zu verbessern, zeigte sie sich überzeugt. Durch den regulierten Rahmen könnten Standards für den Anbau, Produktion und den Vertrieb von Cannabis-Produkten festgelegt werden. Jedoch sei die Feststellung wichtig, dass der Konsum von Cannabis nicht ohne Einschränkung oder Regulierung erfolgen soll. „Es geht vielmehr darum, eine ausgewogene und vernünftige Herangehensweise zu finden, die die individuelle Freiheit respektiert und öffentliche Sicherheit und Gesundheit berücksichtigt. Der Cannabis-Konsum sei Realität bei vielen Menschen, auch in MV. „Viele eigenverantwortliche Menschen erwarten, zukünftig mit Freunden schön im Sommer beim Brauchtumsfeuer sitzend, über das Leben philosophierend und dabei Cannabis konsumierend, zusammen zu sein, ohne als kriminell zu gelten und verurteilt zu werden“, sagte van Baal.

Der SPD-Abgeordnete **Robert Northoff** bezeichnete die Haltung von AfD und CDU gegenüber dem Cannabis-Gesetz als Totalverweigerung. Er machte darauf aufmerksam, dass das Gesetz über den Bundesrat zwar verzögert, aber nicht verhindert werden könne. Schon das Bundesverfassungsgericht habe 1994 dargelegt, dass es bei der Cannabis-Gesetzgebung um ein so genanntes Übermaßverbot geht und ein Absehen von der Strafverfolgung nahegelegt. Northoff verwies auf Studien, die zeigten, dass der Schwarzmarkt bei einer Legalisierung keineswegs größer und auch der Konsum nicht gesteigert werde. Es gebe keinen Anlass zu Alarmismus oder zu kollektiver Hysterie. „Lassen Sie uns das doch mal mit Gelassenheit betrachten und zur Kenntnis nehmen.“ Zudem gebe es den

Anspruch auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. „Dazu gehört auch das Recht auf zu viel zu essen, zu wenig zu essen, zu rauchen, Alkohol zu trinken, obwohl es viele Anzeichen dafür gibt, dass Bier und Zigaretten deutlich gefährlichere und härtere Konsequenzen haben als Cannabis.“

Die beiden Anträge von AfD und CDU wurden von der Mehrheit im Parlament abgelehnt.

mgf

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 8/3469
Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 8/3473

Auszüge aus dem Cannabisgesetz – CanG

- Erwachsenen ist der private Eigenanbau von bis zu drei Cannabis-Pflanzen zum Eigenkonsum sowie der gemeinschaftliche, nicht-gewerbliche Eigenanbau zum Eigenkonsum in Anbauvereinigungen erlaubt.
- Der Besitz von bis zu 25 Gramm im öffentlichen Raum zum Eigengebrauch ist erlaubt.
- Für Minderjährige bleibt der Besitz und Konsum von Cannabis verboten.
- Im Umkreis von 100 Metern beziehungsweise in Sichtweite von Schulen, Kitas oder Spielplätzen ist der Konsum von Cannabis verboten.
- Eine Anbauvereinigung darf höchstens 500 Mitglieder haben. Eine Person darf nur Mitglied in einer Anbauvereinigung sein.
- Werbung und jede Form des Sponsorings für Cannabis und Anbauvereinigungen sind verboten.
- Anbauvereinigungen dürfen an jedes Mitglied, das das 21. Lebensjahr vollendet hat, höchstens 25 Gramm Cannabis pro Tag und höchstens 50 Gramm pro Kalendermonat zum Eigenkonsum weitergeben.
- An Heranwachsende dürfen Anbauvereinigungen höchstens 25 Gramm Cannabis pro Tag und höchstens 30 Gramm Cannabis pro Kalendermonat weitergeben.
Das Cannabis, das an Heranwachsende weitergegeben wird, darf einen THC-Gehalt von 10 Prozent nicht überschreiten.
- Die Prävention unter anderem durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) insbesondere für Kinder und Jugendliche sowie für junge Erwachsene soll gestärkt werden.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

Novelle des Landesjagdgesetzes beschlossen

■ Der Landtag hat die Novelle des Landesjagdgesetzes beschlossen. Nun werde der Waldumbau zu standortangepassten Laubmischwäldern beschleunigt, sagte Dr. Sylva Rahm-Präger (SPD). Dabei sei der Schutz der heimischen Wildtiere nicht aus den Augen verloren worden. Mit dem Kompromiss würden Klima und Wald geschützt.

Agrar- und Umweltminister Dr. Till Backhaus (SPD) betonte: „Die 15.465 Jägerinnen und Jäger in MV leisten eine hervorragende Arbeit zum Schutz des Wildes, der Natur und für einen gesunden Lebensraum.“ Er begrüßte, dass der Wolf in das Jagdrecht aufgenommen werde. Das biete die Chance, stärker das Monitoring dieser Wildart durchzuführen.

„Wir haben es mit einem weitreichenden Eingriff in ein über Jahrzehnte bewährtes System des Jagd- und Wildtiermanagements zu tun“, sagte Thore Stein (AfD). Die Novellierung atme den Geist der grünen Transformation aller Lebensbereiche. Fast die gesamte Jägerschaft laufe Sturm dagegen. Beim Wolf sei klar, dass seine Bejagung schon bald Realität sein werde.

Thomas Diener (CDU) zeigte sich verwundert, wie die Aufnahme des Wolfs in das Jagdrecht seitens der SPD-Fraktion abgelaufen sei. Offensichtlich sei der Druck aus dem öffentlichen Raum zu groß geworden. Nach jahrzehntelangen Widerständen sei nun etwas Vernünftiges herausgekommen. „Jetzt können wir Rotkäppchen auch wieder rauslassen, es braucht jetzt keine Angst mehr zu haben.“

Für Dirk Bruhn (DIE LINKE) ist die Novelle ein Ausgleich der Interessen zwischen Jägern, Waldbesitzern und Naturschützern. Die Aufnahme des Wolfs in das Landesjagdrecht werde nichts an seinem Schutzstatus ändern. Allerdings werde der Abschuss oder die Vergrämung verhaltensauffälliger Tiere stark vereinfacht. Der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Harald Terpe, kritisierte, dass dringend notwendige Verbesserungen nicht in die Novelle aufgenommen worden seien. So fordere er den konsequenten Verzicht von bleihal-



Foto: Uwe Sinnecker

Der Wolf ist in das neue Jagdgesetz aufgenommen worden.

tiger Munition, dies hätten Länder wie Schleswig-Holstein oder Nordrhein-Westfalen schon erfolgreich umgesetzt. Sandy van Baal (FDP) lobte, dass dank des Einflusses der Landesjägerschaft viele Details des Gesetzes geändert worden seien. „Das macht Mut für zukünftige Gesetzesentwürfe.“ Jedoch reichten die Veränderungen bei weitem nicht aus. So sei die Regelung zum Mindestabschuss von Rot- und Damwild ein Kompromiss an unterster Grenze.

Der Gesetzentwurf zur Novellierung des Landesjagdrechts wurde nach einem Abstimmungsmarathon über einzelne Punkte angenommen.

Drucksache 8/2594
Drucksache 8/3491

MV wirtschaftlich fit machen

■ Die FDP sorgte sich nicht nur um Energiekosten, Fachkräftemangel und Bürokratie, sondern auch um die im Land gestiegene Arbeitslosigkeit bei nachlassender Wirtschaftsleistung.

„Erhebliche wirtschaftsstrukturelle Probleme“ setzten MV „als wirtschaftlichem Schlusslicht in Deutschland“ besonders zu. Weder das bisherige industriepolitische Landeskonzept noch die Fachkräftestrategie hätten das verhindert. Darum brauche es strukturierte, wirksame Maßnahmen für eine Neujustierung der Wirtschaft. Dazu gehöre auch, sich entweder auf Tourismus oder Industrie zu fokussie-

ren, mahnte die FDP. Sie forderte die Landesregierung auf, bis Ende Juni abrechenbare Kennzahlen, Ziele und Planungen vorzulegen. Das erlaube eine bessere Beurteilung des Erreichten, diene aber auch als Basis für finanzielle und bürokratische Entlastungen.

Fraktionsübergreifend wurde die vage Formulierung des FDP-Antrags kritisiert. Finanzminister Dr. Heike Geue (SPD) versicherte, dass der Schwerpunkt Tourismus und die parallele Ansiedlung klimaneutraler Industrie „super“ zueinander passten.

Dem Vorschlag fehle „noch der Pfeffer“, urteilte die AfD und verwehrt sich gegen weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen „dieser Landesregierung“.

Weitestgehend konnte die CDU die FDP-Forderungen nachvollziehen; war aber dagegen, andere Bundesländer zugunsten des Wachstumschancengesetzes zu beeinflussen. Darum beantragte sie die ziffernweise Abstimmung.

Eine Evaluierung des industriepolitischen Konzeptes fände kontinuierlich statt, stellte DIE LINKE heraus. Konkret wurden von dessen 137 Punkten bereits 83 umgesetzt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützte die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft, sah aber in der Schuldenbremse die eigentliche „Wachstumsbremse“.

Die SPD vermisste den Blick auf „das große Ganze“. Denn die Beendigung einer Krise in einer international vernetzten Volkswirtschaft sei nicht „per Knopfdruck“ möglich.

Die CDU stimmte gegen Ziffer II, Nummer 5, aber gemeinsam mit der FDP für alle anderen Punkte des Antrags. SPD, DIE LINKE, AfD und die fraktionslose Abgeordnete lehnten alle Ziffern ab, während sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durchgängig enthielt.

Antrag FDP

Drucksache 8/3477

(Keine) Notwendigkeit für LNG in Mukran

■ „Gegen jede Vernunft“ und „entgegen allen Interessen“ der Bürger auf Rügen wurde im Hafen Mukran ein LNG-Terminal gebaut, kritisierte die AfD. Der einzige Gewinner sei der Betreiber Deutsche Regas.

Deutsche LNG-Terminals wurden im Jahr 2023 nur zu 50 Prozent genutzt. Dennoch halte das Bundeswirtschaftsministerium am Notfallplan fest und somit an der Errichtung von LNG-Terminals ohne Umweltprüfung. Das sei „absolut nicht gerechtfertigt und muss dringend korrigiert werden“, argumentierte die AfD. Zudem prognostiziere das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung DIW einen „langfristigen strukturellen Nachfragerückgang“ an Gas.

Darum forderte die AfD nicht nur eine Bundesratsinitiative zur Streichung von Mukran aus dem LNG-Beschleunigungsgesetz, sondern auch nachträgliche Umweltverträglichkeitsprüfungen für Mukran sowie Lubmin.

Die Bundesregierung habe dem Land die „Notwendigkeit“ von „LNG-Terminals im Nordosten Deutschlands“ schriftlich bescheinigt, erläuterte Finanzminister Dr. Heiko Geue (SPD). Gleichfalls halte der Bund an der Alarmstufe des Notfallplans Gas fest.

Die CDU verwies auf die Entscheidung der Europäischen Kommission, wonach nationale Gasmangellagen lediglich Empfehlungen darstellten. Der „Schlüssel“ liege daher beim Bund.

DIE LINKE vertraute den Genehmigungsbehörden des Landes, „einen guten Job“ auf „Grundlage geltenden Rechts“ zu machen.

Der Antrag der AfD sei „absurd“ und gehe „an der Realität vorbei“, urteilte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Denn das Terminal sei fertig, der Umweltschaden angerichtet. Mukran, mit seiner zukünftigen Wasserstofffähigkeit, sei ein „elementarer Baustein“ auf dem Weg zur Energieunabhängigkeit, verteidigte die FDP das Projekt. Eine rückwirkende Abwicklung des genehmigten Terminals würde Regressforderungen des Investors nachziehen, warnte die SPD. Absehbar sei eine steigende Auslastung mit dem Wegfall des Transits über die Ukraine ab 2025.

Der Antrag fand nur die Zustimmung der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten.

Antrag AfD

Drucksache 8/3467

Haushaltsentlastung 2021

■ Der Landesrechnungshof erntete viel Dank für seine „akribische“ Prüfung des Haushalts 2021 und die Erarbeitung des

Empfehlungen

Vier exemplarische Empfehlungen des Landesrechnungshofs an die Landesregierung

- Gewährleistung der sicheren Migration digitaler Antragsverfahren bei der Zentralisierung der IT-Systeme. Prüfung der Nutzung der Deutschen Verwaltungscloud als Betriebsumgebung.
- Stärkere Einbindung der Wasser- und Bodenverbände in den Umsetzungsprozess der EG-Wasserrahmenrichtlinie. Einwerbung von Bundesmitteln für wasserwirtschaftliche Vorhaben.
- Information zur Regelung der Aufsichts- und Durchgriffsrechte gegenüber der Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH sowie entsprechende Prüfungs- und Kontrollmaßstäbe.
- Erhöhung des Anteils der Zielgruppen in Inklusionsbetrieben.

Jahresberichts 2023. Tilo Gundlack (SPD), Vorsitzender des Finanzausschusses, lobte die durchweg „konstruktiven Ausschussberatungen“. Als deren Ergebnis empfehle das Fachgremium die Entlastung von Landesregierung und Landesrechnungshof. Es befürworte auch die Annahme einer Entschließung zur Verbesserung der „Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung“. Dazu gehöre „zwingend“, mit „einer restriktiven und zielgerichteten Ausgabenpolitik“ zu reagieren. Tilo Gundlack betonte, dass alle Behörden die Anregungen des Landesrechnungshofs bereits umsetzten. Darum spreche sich der Ausschuss für die Ablehnung der drei Änderungsanträge der Opposition aus.

Das Parlament schloss sich der Würdigung der Arbeit des Landesrechnungshofs an und befürwortete dessen Entlastung. Zur Entlastung der Regierung waren nur SPD und DIE LINKE bereit. Die AfD kritisierte, dass mit dem „verfassungswidrigen Sondervermögen“ Millionen Euro „in den Sand gesetzt“ wurden. Sie könne auch nicht „unlautere Stellenvergaben, die gesetzeswidrigen Pensionsfonds [...] unter den Teppich kehren“.

Die Rückkehr zur Haushaltskonsolidierung wolle die Regierungskoalition „nicht einmal mit der Kneifzange anfassen“, erkannte die CDU. Darum verlange sie bis Jahresende die Erstellung eines Konsolidierungskonzepts. Dies sah die FDP genauso. Sie fand es „nicht hinnehmbar“, dass sich zulasten der nächsten Generation bei den Steuereinnahmen eine Deckungslücke in Millionenhöhe auftue.

Wichtig sei eine „kritische und ausgewogene Betrachtung der Finanzlage“, verteidigte DIE LINKE die Ausgaben für Polizei, Verwaltung, Schulen – Institutionen, die „essenziell für einen funktionierenden Staat“ seien.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erkannte bei der Digitalisierung „dringenden Handlungsbedarf“. Die Mittel dazu seien vorhanden, allein es fehle eine „Strategie“.

Die Änderungsanträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU wurden alle mit dem Nein von SPD und DIE LINKE abgelehnt, während sich die AfD überall enthielt. Beim Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthielten sich zudem FDP und CDU. CDU und FDP unterstützten sich gegenseitig bei der Befürwortung ihrer Anträge. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthielt sich hier.

Der Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses stimmten SPD und DIE LINKE zu. Die AfD enthielt sich und die anderen Oppositionsfraktionen lehnten ab.

Die Ziffer 2, die Entlastung der Landesregierung, wurde bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gegenstimmen der CDU, FDP und AfD mit der Befürwortung von SPD und DIE LINKE angenommen.

Ziffer 3, die Entlastung des Landesrechnungshofs, wurde vom Parlament einstimmig angenommen.

*Antrag Finanzminister
Drucksache 8/1712
Unterrichtung durch den
Landesrechnungshof
Jahresbericht 2023 (Teil 1)
Landesfinanzbericht 2023
Drucksache 8/2683*

*Beschlussempfehlung und Bericht
des Finanzausschusses (4. Ausschuss)
Drucksache 8/3408*

*Änderungsantrag
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/3527*

*Änderungsantrag FDP
Drucksache 8/3528*

*Änderungsantrag CDU
Drucksache 8/3529*

Grüne wollen mehr Sozialwohnungen durch „Bauen im Bestand“

■ In MV besteht nach Ansicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein enormes Defizit an Sozialwohnungen. Davon gebe es derzeit nur noch rund 2700. „Der Bestand müsste mehr als acht Mal so groß sein“, sagte Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Allerdings sei der Neubau von Gebäuden oft enorm klimaschädlich. Er forderte, die Hürden für Aufstockungen, Anbauten oder Umnutzungen von Nichtwohngebäuden zu senken.

Bauminister Christian Pegel (SPD) betonte, dass er diese Gedanken gerne aufgreife. „Aber nur dann, wenn sie nicht Men-

schen gefährden.“ Die Baugesetzgebung sei vor allem eine gefahrvermeidende Gesetzgebung. Dazu gehöre der Brandschutz. Dessen Regeln hätten ihren Sinn. Der AfD-Abgeordnete Stefan Reuken sagte, dass der Antrag eine gefährliche Vermengung von Klimaideologie mit einer immanenten Gesundheits- und Sicherheitsgefährdung sei. „Er stellt vermeintlichen Klimaschutz über die Sicherheit und das Wohlbefinden der Menschen“.

Die CDU schloss sich dem Antrag grundsätzlich an. Dazu gehöre, die Nutzung und bauliche Erweiterung von Bestandsgebäuden zu vereinfachen und zu begünstigen. Marc Reinhardt (CDU) verwies auf einen Antrag der CDU für eine der kommenden Landtagsitzungen, bei dem die Vielzahl der wichtigen Punkte behandelt werde.

Daniel Seiffert (DIE LINKE) kritisierte den Antrag, der seiner Ansicht nach nicht den Spagat zwischen Investition und gleichzeitig bezahlbarem Wohnen beachte. „Es sind schlichtweg keine Mieterinnen und Mieter mehr da, die sich Mieten von 18 bis 20 Euro pro Quadratmeter leisten können.“

David Wulff (FDP) forderte: „Wir müssen Bauen günstiger machen, wir müssen Bauen schneller und effektiver machen und dann wird es am Ende auch bezahlbar.“ So könne mit hoher Wahrscheinlichkeit das Ziel der Grünen erreicht werden, den CO₂-Ausstoß in der Baubranche zu senken.

Der Antrag hat nach Meinung von Rainer Albrecht (SPD) schwerpunktmäßig einen vereinfachten Umgang mit baurechtlichen Anforderungen zum Gegenstand. Dies betreffe insbesondere den Brandschutz. Das sei jedoch kritisch zu betrachten, wenn das Niveau nicht abgesenkt werden soll.

Der Antrag wurde bei Zustimmung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Enthaltung der CDU und Gegenstimmen von SPD, DIE LINKE und AfD abgelehnt.

*Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Drucksache 8/3458*

Schulgesetz Inklusion wird 2027 wie geplant umgesetzt

■ Die CDU-Fraktion ist mit ihrem Plan gescheitert, die Umsetzung der Inklusion im Bereich Förderschwerpunkt Lernen um drei Jahre auf das Jahr 2030 zu verschieben. Der Inklusionsprozess solle behutsam, schrittweise und für alle verlässlich organisiert werden. „Inklusion mit Augenmaß“, begründete Torsten Renz (CDU) den Antrag. Er verwies auf Hilferufe aus Kommunen, die mit der Umsetzung überfordert seien.

Nach Worten des SPD-Abgeordneten Andreas Butzki steht die rot-rote Landesregierung kurz davor, eine Novelle des Schulgesetzes einzubringen. „Dann haben alle Fraktionen die Möglichkeit, Änderungen vorzuschlagen – auch zur Inklusion.“ Eine erneute Verschiebung der Inklusion bringe nichts. „Was soll 2030 anders sein als 2027.“ Zudem erzeuge die Diskussion um eine Verschiebung nur Verunsicherung.

Enrico Schult (AfD) bezeichnete die Diskussion um den Erhalt der Förderschulen mit Schwerpunkt Lernen als hanebüchen. Hier und da werde nur das Schild Förderschule abgeschraubt. Dann bleibe die Förderschule aber in den Räumen erhalten. Es sei sicher, dass die Inklusion an den Förderschulen am besten umgesetzt werden kann.

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Jeannine Rösler, widersprach Schult. Zum Schuljahr 2027/28 werde die Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen organisatorisch aufgehoben. „Die neue Bezeichnung lautet: Lerngruppe Lernen.“ Diese werde an eine regionale Schule oder Gesamtschule angegliedert. „Für das Kind ändert sich dabei nichts.“ Lediglich die Organisationsstruktur werde neu gestaltet.

„Inklusion ist geltendes Recht“, erklärte Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die Kinder sollen laut UN-Behindertenkonvention zusammen zur Schule gehen, gemeinsam Unterricht haben. „Anstatt sie in Förderschulen zu separieren und exkludieren sollten sie ganz normaler Teil der schulischen Gemeinschaft sein.“

Sabine Enseleit (FDP) kritisierte die Landesregierung, die mit den aktuellen Herausforderungen im Bereich Bildung und Kinderbetreuung ohnehin schon überfordert sei. Es sei nicht abzusehen, dass die Herausforderungen der Inklusion bis 2027 zu meistern seien. „Mit reinem Schönreden werden wir hier nichts erreichen.“

Der Antrag der CDU wurde bei Zustimmung von CDU, FDP, AfD und der fraktionslosen Abgeordneten und Gegenstimmen von SPD, Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

*Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 8/2813*

CDU will mehr Schulunterricht und zieht den Antrag zurück

■ Die CDU-Fraktion hat eine deutliche Aufstockung des Deutsch- und Mathematikunterrichts an Grundschulen vom Schuljahr 2024/25 an gefordert. Ihr bildungspolitischer Sprecher Torsten Renz zog nach einer ausführlichen Schilderung seiner Sicht der Sachlage den Antrag jedoch zurück. Das Bildungsministerium wolle seiner Meinung nach auch im Bildungsausschuss jede Diskussion unterdrücken.

So sei als Reaktion auf die Einbringung des CDU-Antrags zur Stundenerweiterung eiligst eine Pressekonferenz einberufen und eine zusätzliche Stunde Deutschunterricht bekanntgegeben worden. Dies belege, dass das Ministerium die Abgeordneten der rot-roten Landtagsfraktionen nur zum Abnicken der Regierungspolitik gebraucht. Man könne es sich ersparen, im Ministerium angefertigte Reden anzuhören, die dann von der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN vorgetragen werden.

Mit ihrem Antrag wollte die CDU die Stundentafel um fünf Stunden mehr Deutsch- und eine Stunde mehr Mathematikunterricht erweitern. Er kritisierte die Landesregierung: „Die Analyse, dass wir riesige Defizite in diesem Bereich haben, die muss Sie doch antreiben, hier eine richtige PISA-Offensive für MV auf den Weg zu bringen.“ Die Landesregierung sei mut- und kraftlos.

Renz warf der Landesregierung darüber hinaus vor, das 2009 angestoßene Konzept der selbstständigen Schule mit einem Federstrich und ohne Debatte zu erledigen. Mit der damaligen Gesetzesänderung sollten die Kompetenzen in die Schulen verlagert und den Lehrern etwas zugetraut werden, sagte der CDU-Politiker.

Das Konzept habe vorgesehen, dass die Schulen für die Klassen 7 bis 10 selbstständig entscheiden können, wie sie ein Kontingent von 27 Stunden einsetzen wollen. „Und das machen Sie ohne eine politische Diskussion rückgängig“, kritisierte Renz die Landesregierung. Stattdessen werde die Stundentafel des Jahres 2008 wieder eingeführt.

*Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 8/3474*

Systematische Verbesserung der Pflege gefordert

■ Zu den seit Jahren bekannten Defiziten im Pflegesektor gehören nicht allein der Fachkräftemangel. In einer von der FDP beantragten Aussprache wurde auf Bürokratie, ungenügende Refinanzierung der Kosten und überlastete Angehörige verwiesen. Das Pflegesystem „ächze“ und „krächze“, beschrieb es die CDU. Darum stellte die Fraktion einen Zehn-Punkte-Plan vor. Demzufolge müsse der ländliche Raum mit Telemedizin, „Gesundheitskiosken“ und dem Konzept der „Gemeindeschwester Plus“ gestärkt werden. Hierbei führe laut CDU kein Weg an einer „massiven“ Beteiligung der Pflegekassen und der Neubewertung der Frage der Beitragszahler vorbei. Am Ende aber laufe es auf eine „umfassende Reform“ hinaus.

Die FDP stimmte einer „ganzheitlichen“ Herangehensweise voll zu. Sie erkenne in den CDU-Vorschlägen einen „strategischen Masterplan“ für „systematische“ Verbesserungen, äußerte aber Bedenken an der Finanzierbarkeit.

Das Thema Pflege habe kein „Erkenntnis“, sondern ein Umsetzungsproblem“ brachte es Sozialministerin Stefanie Drese (SPD) auf den Punkt. Der CDU-Antrag passe sehr gut als „Diskussionsangebot“ zu der von ihr entwickelten Initiative „Pakt

für Pflege“, wo die Angelegenheit intensiv behandelt werde.

Die AfD trage den CDU-Plan mit, denn sie sah bei der Refinanzierung der Tariftreuepflicht den größten Bedarf für „strukturelle Veränderungen“.

Eine „solidarische Pflegevollversicherung“, in die jeder einzahle und die alle Kosten übernehme, würde nach Ansicht von DIE LINKE die Pflege wieder „vom Kopf auf die Füße“ stellen.

Die SPD fragte grundsätzlich, was unserer Gesellschaft eine soziale und nachhaltige Gesundheitsversorgung, einschließlich Pflege, „wert sein soll“.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betrachtete den CDU-Antrag als Beginn einer fraktionsübergreifenden Zusammenarbeit und bat um Überweisung in den Sozialausschuss. Für den Fall der Ablehnung der Überweisung beantragte die CDU die namentliche Abstimmung.

Die Überweisung des Antrages wurde trotz Zustimmung von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD und FDP durch das Nein von SPD und DIE LINKE verhindert. An der namentlichen Abstimmung nahmen 67 Abgeordnete teil. Vier enthielten sich, 27 waren für den Antrag und 36 dagegen.

Aussprache auf Antrag der FDP gemäß § 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema in Verbindung mit:

*Antrag CDU
Drucksache 8/3475*



Beate Schlupp (CDU) stellt eine Frage an Innenminister Christian Pegel, der den Agrarminister vertritt.

Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.



Beate Schlupp (CDU)

Von daher meine Frage: Welche Angebote an betroffene Kommunen in Sachen Prävention, aber auch Schadensausgleich gibt es derzeit seitens der Landesregierung?

Und zu guter Letzt gibt es Förderung investiver Vorhaben durch die Naturschutzförderrichtlinie und die Wasserförderrichtlinie, die jeweils mit diesen Sachverhalten versuchen umzugehen und zu helfen. Und darüber hinaus gibt es ja umfangreichere Bemühungen aus dem letzten Haushalt, dann allerdings nicht an einzelne Gemeinden gerichtet, sondern an die Wasser- und Bodenverbände, das, was 2020/2021 schon mal eine Rolle spielte, erneut umzusetzen, nämlich indem man dortige Maßnahmen auf deren Anlagen bezogen unterstützt.

Beate Schlupp, CDU:

Umgang mit Schäden durch Biber

Guten Morgen, Frau Präsidentin!
Guten Morgen, Herr Minister! Die Biberpopulation in Mecklenburg-Vorpommern wächst stetig, beispielhaft genannt sei hier der Landkreis Vorpommern-Greifswald. Mit Stand 2022 listete der Landkreis 1.694 Tiere in 616 Revieren auf. Die steigende Zahl führt auch zu einer steigenden Zahl erheblicher Schäden an Baumbeständen, Infrastruktur, anderen Schutzgütern, wie zum Beispiel Orchideenwiesen. Jüngstes Beispiel ist die Gemeinde Grünz/Radedwitz, wo erhebliche Mengen an Eichen und Pappeln vom Biber gefällt wurden. Die Gemeinde fühlt sich alleingelassen.

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seitens der Landesregierung beziehungsweise des zuständigen Landwirtschaftsministeriums gibt es verschiedene Maßnahmen, die im Rahmen des aktiven Bibermanagements angeboten werden. Zum einen wird, um genau solche Prozesse auch ein Stück weit zu kartieren und nachzuverfolgen, ein Biberrevier-Monitoring durchgeführt. Zum anderen gibt es ehrenamtliche Biberberater und Beratungen durch die unteren Naturschutzbehörden und das LUNG, um im Zweifel genau bei einer gewissen Penetranz des Aktivwerdens von Bibern Unterstützung leisten zu können.

Beate Schlupp, CDU:

Das betrifft alles den Bereich Prävention. Nun haben wir doch trotzdem erhebliche Schäden. Deshalb die Frage: Warum nimmt die Landesregierung billigend in Kauf, dass eine kleine Gruppe von Betroffenen über Beiträge und Abgaben allein die Schäden aus dem gesamtgesellschaftlich gewünschten Naturschutz, in diesem Falle Biberenschutz, zu tragen hat?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dann nutze ich gerne die Chance, die letzten Hinweise noch etwas zu vertiefen, die ich eben angesprochen



Innenminister Christian Pegel



Martin Schmidt (AfD)



Innenminister Christian Pegel beantwortet die Frage des Abgeordneten Martin Schmidt (AfD).

habe. Gerade bei den Unterstützungsleistungen an die Wasser- und Bodenverbände, die dann eben keine kleine Zahl abbilden, sondern relativ viele Gemeinden jeweils zusammenfassen, wird es zur Stützung eben gerade dieser Verbandsbeiträge und zur Steigerung der Akzeptanz für die Art des Bibers auch 2024 und 2025 erneut Zuwendungen aus dem Landeshaushalt geben. Dieses Hohe Haus hat im Rahmen der Haushaltsberatungen 300.000 Euro als zusätzlichen Haushaltstitel eingeführt, noch mal, rekurrierend auf die Erfahrungen aus dem Haushaltsvollzug der Jahre 2020 und 2021.

Die Wasser- und Bodenverbände sind gebeten worden, spezifische Aufwendungen zusammenzustellen, die ihnen entsprechend in der Nachbereitung und vor allen Dingen in der Prävention entstehen. Die landesweite Übersicht fertigt deren Landesverband an, der also zusammenfasst, und danach wird aufgrund der Zusammenstellung dann eine Grundlage für entsprechende Antragstellungen auch durch diesen Landesverband bestehen. Und aus der Grundlage wird der Landesverband an seine jeweiligen Mitgliedsverbände entsprechende Zahlungen weiterleiten, die dann eine Vielzahl von solchen Maßnahmen umsetzen helfen sollen.

■ Martin Schmidt, AfD:

Finanzsituation der Kommunen

Ja, schönen guten Morgen, Herr Innenminister! [...] Mit vergangenem Jahr wurde ja bekannt, dass viele Kreise sich beschwerten oder mokieren, dass die Finanzmittel knapper werden aufgrund der steigenden Baukosten, Personalkosten, Energiekosten und so weiter. Es wurde auch bekannt, dass durch die Zinssteigerungen auch erhebliche Probleme bei den Kommunen, insbesondere bei den Kreisen, auftreten. Die Stadt Schwerin ist zum Beispiel dafür bekannt, auch jetzt schon eine Haushaltssperre und einen Nachtragshaushalt hingelegt zu haben, weil man sich deutlich verkalkuliert hat.

Meine Frage geht dahin gehend, ob es im Innenministerium oder Finanzministerium schon Gespräche zu den aktuellen finanziellen Herausforderungen in letzter Zeit gab, wie man die Einnahmeseite der Kreise oder Kommunen erhöhen kann, oder ob es Sparvorschläge seitens der Landesregierung gibt. Oder welche anderen Maßnahmen sind derzeit in der Rohrleitung? Können Sie mir dazu was sagen?

■ Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst versuchen wir, uns immer auf rationale Zahlen aufzusetzen. Das tun wir, indem wir regelmäßig die Finanzberichte aller kommunalen Beteiligten zusammenfassen. Das ist für das Jahr 2023 noch nicht abschließend geschehen. Die Daten werden erst irgendwann im April oder Mai aggregiert vorliegen. Die letzten Daten, die wir für das Jahr 2022 kennen, sprachen weiterhin dafür, dass die FAG-Novelle deutlich ihre positiven Zeichen weiterhin setzt. Das ist also eine kluge Reform, ich glaube, aus dem Jahre 16/17 gewesen, die sich in den entsprechenden Haushalten positiv abbildet.

Es gab in der Tat eine kleinere Zahl von Kommunen, darunter ein Landkreis und eine kreisfreie Stadt, die auch 2022 noch ein deutliches Haushaltsdefizit aus vergangenen Jahren vor sich hergetragen haben, die dieses aber erneut 2022 reduzieren konnten und im Übrigen beide im Jahr 2022 zumindest Überschüsse erzielt haben – war für sie auch wichtig, weil es Voraussetzung für weitere Landeshilfen war, um die Altschulden abzubauen.

Wir sehen aber genau wie im Landeshaushalt und bei anderen Beteiligten, dass selbstverständlich gestiegene Energiekosten, dass

selbstverständlich gestiegene Baukosten bei allen Beteiligten sich bemerkbar machen. Und wir sehen darüber hinaus insbesondere gestiegene Zinsen. Und dann sind die beiden eben angesprochenen – der Landkreis und die kreisfreie Stadt –, die erhebliche Altverbindlichkeiten aus den vergangenen Jahrzehnten mit sich führen und in der quasi Niedrigzinsphase dafür relativ wenig Belastungen auf der Kreditseite hatten, mit Sicherheit ganz erhebliche Mehrbelastungen momentan zu verzeichnen haben. All das werden wir aber erst in der Gesamtbetrachtung mit den gesicherten Daten aus dem Jahr 2023 zur Verfügung haben.

Wir führen Gespräche im FAG-Beirat. Wir führen auch außerdem Gespräche, selbstverständlich regelmäßig, mit der kommunalen Familie. Das Bild ist auch da weiterhin heterogen, aber das Jahr 2023 war für Land und kommunale Familie – und ich nehme auch an, für den Bund – anspruchsvoller als die Vorjahre. Das ist völlig außer Frage.

Präsidentin Birgit Hesse:

Herr Schmidt, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Martin Schmidt, AfD:

Ja. Also können Sie jetzt klar und deutlich oder wenigstens umschweifend sagen, ob es eine Art Reparatur am FAG geben soll oder ob so was geplant ist oder ob alles so bleiben soll?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass es keinen Streit mit der kommunalen Familie darüber gibt, dass die FAG-Novellierung, die letzte, ein voller Erfolg ist und deutlich höhere Einkommenssituationen auf der kommunalen Seite bedeutet. Erstens.



Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) richtet seine Frage an Innenminister Christian Pegel.

Zweitens. Es gibt eine Verabredung, dass man regelmäßig ganz selbstverständlich das FAG novelliert und anschaut und überprüft. Es gab dafür kleinere Überprüfungen, die immer Land und kommunale Familie zusammen vornehmen und dann in dem genannten FAG-Beirat besprechen.

Drittens. Es gibt gerade aktuell – der Auftrag ist vor einem halben Jahr vergeben –, auch verabredet bereits bei der letzten Novellierungsvereinbarung mit den kommunalen Beteiligten, eine große erneute Begutachtung durch die gleichen Gutachter, die uns bei der letzten großen FAG-Novelle begleitet haben. Die schauen sich also erneut über die letzten Jahre die Finanzsituation an, die Einnahmesituation, die Ausgangssituation, und schauen insbesondere darauf, ob die jeweils den verschiedenen Gruppen, die da gebildet worden sind, zugeteilten finanziellen Handlungsspielräume hinreichend sind.

Wir werden also in circa einem Jahr ein Gutachten haben, gemeinsam beauftragt mit der kommunalen Familie, was das FAG erneut auf den Prüfstand stellt, und zwar regelkonform, so wie vereinbart bereits vor mehreren Jahren.

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Treffen rund um das Gutachten zur Umweltstiftung

Sehr geehrte Frau Präsidentin, vielen Dank!

Sehr geehrter Herr Minister, wir haben ja in der vergangenen Woche erfahren, dass sich Frau Schwesig mit Professorin Weitemeyer getroffen hat, um mit ihr über das Gutachten zur Stiftungsauflösung zu sprechen. Noch am selben Abend hat sie dann zwei wichtige Stellen aus dem Gutachten gestrichen, also die Professorin. Inzwischen wissen wir, dass der Landesregierung mehrere Fassungen des Gutachtens und mehrere Fassungen der dazugehörigen PowerPoint-Präsentation geschickt wurden. Zwischen diesen Fassungen gab es Mailverkehr und mindestens noch ein Gespräch mit Ihnen, Herr Pegel, sowie das genannte Treffen mit Ministerpräsidentin Schwesig höchstpersönlich.

Nichts davon wurde dem Untersuchungsausschuss vorgelegt. Es gibt hier offenkundig Lücken in den Akten, die dem Untersuchungsausschuss vorgelegt wurden. Deswegen habe ich dreimal schriftlich nachgefragt, wo die fehlenden Dokumente sind – ohne Ergebnis.



Innenminister Christian Pegel beantwortet die Frage des Abgeordneten Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

In den Akten, die die Landesregierung dem Untersuchungsausschuss übergeben musste, sind sämtliche Hinweise auf Termine zwischen der Gutachterin Frau Professorin Weitemeyer und Ihnen beziehungsweise Ministerpräsidentin Schwesig gelöscht worden. Das betrifft einzelne E-Mails aus ansonsten fortlaufenden Mailverläufen, ist also aus unserer Sicht vorsätzlich geschehen, ebenso wie verschiedene Gutachterfassungen. Wir haben die vollständigen unmanipulierten Mailverläufe und Gutachtenfassungen nun aber direkt von der Professorin bekommen. Also es gab sie.

Meine Frage: Warum und auf welcher Rechtsgrundlage hat die Regierung diese Beweismittel, also die E-Mails, unterdrückt und auf mehrfache Nachfrage schriftlich versichert, dass es keine Treffen zu den Gutachten gegeben hat, obwohl diese nur zwei Wochen vor Einsetzung des Untersuchungsausschusses versendet wurden beziehungsweise stattgefunden haben?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß, dass wir diese Diskussion miteinander nicht mehr erfolgreich zu Ende führen werden. Aber das, was wir tun, orientiert sich an der Aktenordnung des Landes. Die

Aktenordnung bestimmt, dass wir eben keine Datenmessies sind, die alles, was irgendwie ein- oder ausgeht, in die Akten packen, sondern dass es relevante Daten sein müssen, die wir verakten.

Wenn Sie in die Akte schauen, werden Sie finden die Entstehung des Vertrages – der ist relevant, weil wir im Zweifel im Rechtsstreit den Inhalt und das Vertragszustandekommen nachweisen müssen –, Sie werden mit Sicherheit die Bezahlungen und die Rechnungen finden, und Sie werden das finden, was die Gutachterin uns geschuldet hat, nämlich ihr Werk. Und dieses Werk unterliegt erstens ihrem Urheberrecht, das heißt, sie entscheidet, welches das abschließende Werk ist. Und genau mit diesem abschließenden Werk endet ihr Vertrag. Dann hat sie ein Recht auf Zahlungen, und das ist das, was wir Ihnen bereitstellen mussten. Genau das haben wir auch getan und haben es Ihnen vorgestellt.

Dass die Gutachterin während der Phasen vermutlich eine Vielzahl von eigenen Entwürfen gehabt hat, dass sie wissenschaftlich gearbeitet hat und sich deshalb ganz viele verschiedene Wege – das war unser Auftrag an sie – angesehen hat und geprüft hat, welcher der Wege funktioniert, welchen sie rechtlich für überzeugend hält und welche nicht, und dass sie dabei auch bis zu ihrer letzten Fassung sich erlaubt hat,

Änderungen vorzunehmen, obliegt ihr, war unsere Bitte und der Auftrag an sie.

Und der Versuch der Suggestion, ihr sei vorgegeben worden, was sie uns aufschreibt, ist abenteuerlich. Erstens. Zumindest ein Mitglied Ihrer Fraktion war schon beim allerersten Treffen Anfang März dabei. Da ist, glaube ich, sehr deutlich geworden, dass diese Gutachterin sich von niemandem etwas vorschreiben lässt. Sie hat sehr klar gesagt, sie wird kein Gefälligkeitsgutachten machen. Sie hat sehr klar gesagt, wir müssen mit dem Ergebnis leben, was sie uns vorlegt, aber sie hat umgekehrt dann eben auch ihre rechtswissenschaftliche Überzeugung an dieser Stelle abgebildet.

Und genau das haben wir Ihnen vorgelegt. Und genau diese Dinge haben wir dargetan. Ansonsten haben wir darauf hingewiesen, dass es Kontakte gegeben hat, die wir aber zum Teil nicht perfekt terminieren können, dass wir den Akten nicht entnehmen können. Ich glaube, dass unsere Darstellungen dabei differenzierter waren, als Sie sie gerade wiedergeben. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

Präsidentin Birgit Hesse:

Vielen Dank, Herr Minister!
Herr Damm, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ja. Zunächst, ich hatte das ja in der Einführung schon gesagt, haben wir hier E-Mail-Verläufe. Da sagen Sie, manche, und zwar zufällig genau die, die auf dieses Treffen hinweisen, haben Sie rausgelöscht, weil Sie die ja nicht aufheben müssen, aber andere zu späteren Zeitpunkten, die dann überhaupt sich nicht auf das Treffen bezogen haben, die haben Sie dringelassen, und das sei alles Zufall. Das kann man so stehen lassen, wenn Sie möchten.

Witzig bei dem Gutachten – und darauf bezieht sich dann auch meine Nachfrage beziehungsweise auf das Arbeitstreffen –, Sie haben das Arbeitstreffen und zwei Stunden später gibt es, also eine Stunde vor dem Treffen gibt es eine Version, eine finale Version, und zwei Stunden nach dem Arbeitstreffen gibt es eine neue finale Version, also der Zusammenhang, das kann man bewerten.

Aber in den schriftlichen Auskünften der Landesregierung, da zitiere ich jetzt, haben Sie mir geschrieben auf meine Frage, auch vor der Präsentation des Gutachtens am 04.05. fanden keine persönlichen Arbeitstreffen mit der Gutachterin statt, wie gesagt, schriftliches Zitat, nachdem Sie, Herr Pegel, laut Auskunft der Landesregierung zu diesen Fragen befragt worden sind, also ob es diese Treffen gab. Und heute wissen wir, und zwar erst aus den E-Mails der Gutachterin,



Innenminister Christian Pegel

dass dieses Treffen doch stattgefunden hat.

Und deswegen meine Nachfrage, auf welcher rechtlichen Grundlage Sie uns diese Informationen auch auf direkte Nachfrage vorenthalten haben.

Minister Christian Pegel:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es hat keine persönlichen Treffen gegeben, dabei bleiben wir. Persönliche Treffen sind persönliche Zusammenkommen. Es hat kein persönliches Zusammenkommen gegeben. Ich weiß, dass Medien anders berichten. Das sagt aber auch die Gutachterin nicht. Sie hat in der Tat am Abend, bevor wir das Gutachten öffentlich vorgestellt haben, es dem Auftraggeber vorgestellt. Ich bin ziemlich sicher, dass Sie mindestens überrascht gewesen wären und sich kritisch gezeigt hätten, wenn die Ministerpräsidentin diese Inhalte nicht gekannt hätte, dann wäre ihr vermutlich Ignoranz vorgeworfen worden. Selbstverständlich hat sie sich ins Bild setzen lassen. Dass die Gutachterin jede Diskussion zum Anlass nimmt, ihre Dinge auch wieder zu überprüfen, finde ich naheliegend.

Sie werden beantworten müssen, ob Sie das Gutachten weiterhin ernst nehmen wollen. Das haben Sie bisher in Ihren Beiträgen getan. Wenn Sie sie jetzt in der Weise desavouieren, ihr vorzuwerfen, sie hätte quasi auftragsgemäß Dinge reingeschrieben oder gestrichen, was abenteuerlich ist, was sie selbst öffentlich auch ausdrücklich in Abrede gestellt hat, werden Sie mitteilen müssen, auf welcher



Schülerinnen und Schüler des Bildungszentrums Schwerin verfolgen die Befragung der Landesregierung.



Barbara Becker-Hornickel (FDP)

Grundlage Sie im Weiteren – wir haben ja heute noch einen Tagesordnungspunkt dazu – argumentieren wollen.

Die Gutachterin hat sich klar gegen diesen Punkt entschieden, aufgrund ihrer juristischen Überzeugung, und alle anderen Dinge haben wir dargetan. Persönliche Treffen mit der Gutachterin hat es das erste Mal bei der persönlichen Vorstellung hier in Schwerin gegeben.

Barbara Becker-Hornickel, FDP:

Abstände zwischen Schulen und Wettvermittlungsstellen

Guten Morgen, Frau Präsidentin!
Guten Morgen, Herr Minister!

Im Glücksspielstaatsvertragsausführungsgesetz unseres Landes werden zwischen Wettvermittlungsstellen beziehungsweise Spielhallen und Schulen Abstandsregelungen von 200 beziehungsweise 500 Meter Luftlinie vorgegeben. Auch der Entwurf des Cannabisgesetzes des Bundes sieht verpflichtende Abstände zwischen Anbauvereinigungen von Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Kinderspielplätzen von 100 Metern Luftlinie vor. Ich hoffe, ich habe es jetzt richtig, es war ja vorher noch 200. Der Konsum von



Barbara Becker-Hornickel (FDP) stellt eine Frage an Innenminister Christian Pegel.

Cannabis in Sichtweite von Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Kinderspielflächen sowie öffentlich zugänglichen Sportstätten ist untersagt.

Ich frage Sie: Ist die Evaluierung der Wirksamkeit oder Kontrolle der Abstandsflächen nach Glücksspielausführungsgesetz – ein Bandwurmwort – geplant, auch mit dem Blick auf die Erlangung von Erfahrungswerten für die kommenden Abstandsangaben nach Cannabisgesetz? Hintergrund meiner Frage ist, das ist wohl offensichtlich, es geht uns um Jugendschutz. Und ich bin etwas erstaunt über die unterschiedliche Wirkung dieser Abstände.

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst bleibt festzuhalten, das eine ist ein Landesgesetz, das andere ein Bundesgesetz. Wenn Ihr Hinweis an uns sein soll, wir mögen uns für 500 Meter im Cannabisgesetz einsetzen, nehme ich das gerne so auf. Die Bundesratsbefassung ist ja erst Ende nächster Woche.

Gleichwohl, Sie fragen ja nach der konkreten Evaluierung. Im Landesgesetz gab es keine Verpflichtung zur Evaluierung, sondern wir versuchen, ein bisschen im regelmäßigen Kontakt mit den zuständigen Stellen

im Blick zu behalten, wie sich die Dinge dabei entwickeln. Wir haben im vergangenen Jahr deshalb die örtlichen Erlaubnisbehörden – also fürs Glücksspiel gibt es kommunale Erlaubnisbehörden – angesprochen, wie sich bei denen die Entwicklung abzeichnet. Hintergrund ist, dass endgültig scharfgeschaltet der ja über fast zehn Jahre angekündigte Mindestabstand, der immer wieder aufgeschoben wurde, bis er umgesetzt wurde, zum 01.01.2023 dann tatsächlich Wirksamkeit bekam, also lange angekündigt, nach zehn Jahren, knapp zehn Jahren tatsächlich wirksam geworden. Die Frage an die Erlaubnisbehörden war: Wie hat sich bei euch die Zahl der entsprechenden Einrichtungen verändert?

Wir haben 51 Rückmeldungen. Bei 91 Erlaubnisbehörden, örtlichen Erlaubnisbehörden haben wir 51 Rückmeldungen, damit Sie ein bisschen einschätzen können, ob und in welchem Umfang das repräsentativ ist. Ende 2022, haben diese 51 Rückmeldenden mitgeteilt, hatten sie 179 Spielhallen in ihren jeweiligen kommunalen Körperschaften, für die sie zuständig sind, am 30.06., also sechs Monate, nachdem diese Regelung endgültig scharfgeschaltet war, waren es noch 166.

Die Sorge war vorher immer, dass man flächendeckend keinerlei Spielhallen mehr haben werde.

Wir kennen nur eine Stadt, in der tatsächlich eine Reduzierung auf null Spielangebote eingetreten ist. Das ist die Stadt Ueckermünde, die mitgeteilt hat, dass die vorher, glaube ich, ein oder zwei Spielgelegenheiten beide nicht mehr vorhanden sind. In allen anderen Bereichen ist nach bisherigen Feststellungen – noch mal, zum Stichtag 30.06.2023 – festzustellen gewesen, dass das flächendeckende, also wenigstens ein Angebot in jeder der abgefragten örtlichen Erlaubnisbehörden, weiterhin vorhanden war.

Was wir nicht hinbekommen werden, ist tatsächlich, ein Bundesgesetz hier im Landtag dann mitzuändern, sondern da können wir nur mit Anregungen vorgehen. Ich glaube auch, dass der jeweilige Wirkungsgehalt dieser Regelungen ein unterschiedlicher ist. Von daher mag man Differenzierungen vornehmen. Aber noch einmal, ein Bundesgesetz werden wir hier nicht bestimmen können.

Laufende Gesetzgebung

Stand: 18. März 2024

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/1923	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/1938	FDP	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2803	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung	-	1. Lesung: 14.12.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2809	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes über die Einrichtung interner Meldestellen für hinweisgebende Personen im kommunalen Bereich (Kommunales Hinweisgebermeldengesetz – KommHinMeldG M-V)	Rechtsausschuss	1. Lesung: 14.12.2023 in Beratung
8/2810	Landes- regierung	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes	Bildungs- ausschuss	1. Lesung: 14.12.2023 in Beratung
8/3388	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Kommunalverfassungsrechts	Innenausschuss	1. Lesung: 24.01.2024 in Beratung
8/3411	AfD	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 14.03.2024 Ablehnung der Überweisung
8/3441	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesfischereigesetzes	Agrarausschuss	1. Lesung: 14.03.2024 in Beratung
8/3454	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezügen 2024 und 2025 sowie zur Gewährung einer Sonderzahlung zur Abmilderung der gestiegenen Verbraucherpreise des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Finanzausschuss	1. Lesung: 14.03.2024 in Beratung
8/3455	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung der Besoldungsstrukturen und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Finanzausschuss	1. Lesung: 14.03.2024 in Beratung
8/3456	Landes- regierung	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Finanzausschuss	1. Lesung: 14.03.2024 in Beratung
8/3461	Landes- regierung	Entwurf eines Gesundheitsforschungsstärkungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	Sozialausschuss	1. Lesung: 14.03.2024 in Beratung

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/3465	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Evaluation der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern (Kinder- und Jugendbeteiligungsevaluationsgesetz – KiJuBEG M-V)	-	1. Lesung: 13.03.2024 Ablehnung der Überweisung
8/3466	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Integrationsförderung und Migrationsbegrenzung für Mecklenburg-Vorpommern (Integrationsförderungs- und Migrationsbegrenzungsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern – IntMigG M-V)	-	1. Lesung: 13.03.2024 Ablehnung der Überweisung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 13. März 2024 entschieden | Stand: 18. März 2024

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/2594	Entwurf eines Gesetzes zur Novellierung des Landesjagdrechts	Landesregierung	1. Lesung: 20.09.2023 2. Lesung: 13.03.2024	Annahme
8/2714	Entwurf eines Gesetzes zur Jugendbeteiligung und Integration von Menschen mit Einwanderungsgeschichte sowie zur Änderung anderer Gesetze (Jugendbeteiligungs- und Vielfaltsgesetz – JVG M-V)	Landesregierung	1. Lesung: 08.11.2023 2. Lesung: 13.03.2024	Annahme
8/2811	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung weiterer Vorschriften	Landesregierung	1. Lesung: 14.12.2023 2. Lesung: 13.03.2024	Annahme
8/3387	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes (LPIG)	Landesregierung	1. Lesung: 24.01.2024 2. Lesung: 13.03.2024	Annahme



Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses zu Gast bei der Trolli GmbH in Hagenow.

Ernährungsbranche im Fokus

Wirtschaftsausschuss besucht Unternehmen

■ Am 29. Februar hat der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Energie, Tourismus und Arbeit zwei Unternehmen aus der Ernährungsbranche besucht. Beim Informationsgespräch bei der Agp Lübesse Agrarproduktgesellschaft mbH tauschten sich die Ausschussmitglieder mit Vertreterinnen und Vertretern der Marketinggesellschaft der Agrar- und Ernährungswirtschaft Mecklenburg-Vorpommern e.V. (AMV) und der Food Academy – Kompetenzen für die Ernährungswirtschaft e.V. aus. Der thematische Schwerpunkt lag dabei insbesondere auf der aktuellen Situation in der Ernährungswirtschaft. Anschließend besuchte der Ausschuss die Trolli GmbH in Hagenow.

Tobias Blömer Vorsitzender der AMV betonte, dass die Rezession in vollem Gange sei. Seit 1,5 Jahren sei das Marktumfeld in der Ernährungswirtschaft sehr schwierig und deshalb sei ein Austausch zwischen Wirtschaft und Politik sehr wichtig. Die Lebensmittelbranche sei vom Konsum abhängig, aber gute Produkte reichten nicht mehr aus. Im Fokus der Verbraucherinnen und Verbraucher stehe mittlerweile weniger die Regiona-

lität, es gehe mehr um günstige Produkte. Daher falle es kleinen regionalen Betrieben schwer, in den großen Absatzmarkt zu kommen. Stefan Riemer von der Agp Lübesse ergänzte, dass der Markt von großen Handelsfirmen bestimmt werde und die Rohstoffherzeuger unter den Preissteigerungen und erhöhten Kosten bei gleichbleibendem Preisdruck durch den Handel litten.

Tobias Blömer sagte, dass die AMV als Ansprechpartner zur Verfügung stehe. Sie unterstütze dabei, die Absatzförderung zu optimieren und schafft Verbindungen zu Entscheidern der Ernährungswirtschaft, Partnern im Handel, Lieferanten und Dienstleistern sowie zur Politik und Verwaltung. Mit dem Regionalzeichen „Natürlich aus MV“ sei ein erster guter Schritt in diese Richtung getan. Er stellte fest, dass auch der Tourismus, hier insbesondere die Hotels und Gaststätten, eine große Chance für einen regionalen Absatzmarkt biete.

Kai Wassermann von der Food Academy ergänzte, dass es besonders in der Ernährungsbranche schwierig sei, neue Auszubildende zu finden, weil die Arbeit nicht einfach sei und die Tätigkeiten 24/7 an 365 Tagen stattfänden. Umso wichtiger sei es die Ernährungsbranche bei

jungen Menschen bekannter zu machen. Er äußerte auch die klare Erwartung an die Politik, dass der angekündigte Bürokratieabbau endlich umgesetzt werde. Aufgrund der hohen Energiepreise sehe er einen Standortnachteil und befürchte eine Abwanderung von produzierenden Unternehmen in andere Länder.

Im Anschluss an das Gespräch besichtigte der Wirtschaftsausschuss die Kartoffelhalle der Agp Lübesse in Sülte. Anschließend ging es für die Abgeordneten nach Hagenow zur Trolli GmbH. Dort gab es einen Einblick in die Produktion von verschiedenen Fruchtgummis. Auch hier wurde der bürokratische Aufwand insbesondere bei der Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes angesprochen. Weitere Themen waren die zunehmende Konkurrenz aus anderen Ländern, die Wohnknappheit vor Ort und der Fachkräftemangel, der langfristig zu steigen-der Automatisierung führen werde. Auch Trolli ist abhängig vom Konsumverhalten der Verbraucher und merkt an, dass der Kunde leichte Geschmacksveränderung z. B. durch weniger Verwendung von Zucker, sofort bemerke.





Fotos: Landtag MV

Mitglieder der Enquete-Kommission stehen auf der Jugendkonferenz Rede und Antwort: (v.l.n.r.) Sabrina Repp, Christian Winter (SPD, Vorsitzender), Dagmar Kaselitz (SPD), Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stellv. Vorsitzender), Dörte Heinrich und David Wulff (FDP).

Bildung – Da geht doch was!

2. Jugendkonferenz der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“

■ Vom 1. bis 3. März führte die Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ die zweite Jugendkonferenz in Burg Stargard durch. Im Mittelpunkt stand das Thema Bildung für junge Menschen und die Frage, wie man diese zukunftsfähig gestalten kann.

Mehr als 50 junge Menschen aus allen Landkreisen und kreisfreien Städten Mecklenburg-Vorpommerns kamen auf Einladung der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ zur zweiten Jugendkonferenz in Burg Stargard zusammen. Die Schülerinnen und Schüler im Alter von 12 bis 23 Jahren kamen von unterschiedlichen Schularten – Gymnasium, Regionalschule, Förderschule, Berufsschule – und brachten ihre Erfahrungen mit Schule in MV, zum Teil aber auch mit dem Bildungssystem in anderen Bundesländern und in anderen Staaten mit ein.

Zum Hintergrund: Im zweiten Themencluster setzt sich die Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ mit dem Bereich Bildung und der Frage auseinander, wie diese fit für Zukunft gemacht werden kann. Hierzu werden Expertinnen und Experten sowie Sachverständige im Rahmen der Kommissionssitzungen angehört.



Darüber hinaus ist es erklärtes Ziel der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ Kinder und Jugendliche unmittelbar und direkt in die Diskussion einzubeziehen. Der Beteiligungsprozess **#mitmischenMV** bietet hierfür verschiedene Formate, beispielsweise die Jugendkonferenzen.

Die Jugendherberge in Burg Stargard war der perfekte Ort für die zweite Jugendkonferenz. Nachdem die Zimmer bezogen waren und man sich im Rahmen einer großen Begrüßungsrunde kennengelernt hatte, konnten die Teilnehmenden mit verschiedenen Inputan-

geboten zu Freiwilligendiensten, Schule in Krisengebieten und Ankommen im Schulsystem in das Thema Bildung einsteigen. Nachdem das Gruppenfoto im Kasten war, starteten die jungen Menschen am Samstagmorgen motiviert und engagiert in die Workshops „Digitales Lernen“, „Schule der Zukunft“, „Schule konkret“ und „Alles außer Schule“. Hier wurde angeregt diskutiert, gemeinsam überlegt und an konkreten Ideen gearbeitet.

Am Samstagnachmittag waren die Mitglieder der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ eingeladen, sich aktiv an der Jugendkonferenz zu beteiligen, mit den jungen Teilnehmenden ins Gespräch kommen und ihre Ideen zu diskutieren. Der Kommissionsvorsitzende Abg. Christian Winter (SPD), der stellvertretende Kommissionsvorsitzende Abg. Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sowie die Kommissionsmitglieder Abg. Dagmar Kaselitz (SPD), Abg. David Wulff (FDP), Sabrina Repp (SPD) und Dörte Heinrich (SPD) nutzten die Gelegenheit zum Austausch. Interessiert und lebhaft diskutierten sie mit den jungen Menschen, gaben Hinweise und nahmen Anregungen mit. Es gab bereichernde Gespräche und alle zeigten sich beeindruckt von den Erfahrungen und Ideen der Jugendlichen.

Nach dem Dialog ging es weiter in den Workshops. Die Kinder und Jugendlichen griffen Anregungen und Nachfragen auf und formulierten eigene Ideen rund um das Thema Bildung in MV. Im

Rahmen einer kreativen Ergebnispräsentation am Sonntag zeigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eindrucksvoll, wie ernsthaft und vielseitig sie sich mit unterschiedlichen Bildungsfragen auseinandergesetzt haben. Dabei setzten sie ihre Perspektiven, Wünsche und Ideen auch in Form von Plakaten, einem Film, einem Song oder als digitale Memes um. Unter anderem wurde ein landesweites Konzept skizziert, das es Schülerinnen und Schülern ermöglicht, verpassten Lernstoff nachzuholen. Darüber hinaus wurden Alternativen zum derzeitigen Benotungssystem diskutiert. Weitere Themen der Kinder und Jugendlichen waren u. a. weniger Prüfungen, kürzere Schultage, weniger Hausaufgaben, Kooperationen zwischen Schulen und Freizeiteinrichtungen, besserer und günstigerer Nahverkehr, mehr Wertschätzung

des Ehrenamtes, Inklusion, saubere öffentliche Toiletten, Abschaffung von Noten, praxisnahes Lernen, Bildungsgerechtigkeit sowie digitales Lernen. Alle Ergebnisse fließen natürlich auch in das Kinder- und Jugendgutachten, das der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ Ende 2025 für ihre Arbeit übergeben wird. Alle Ergebnisse sind zudem zeitnah unter www.mitmischen-mv.de einsehbar.

Neben all der Arbeit und den beeindruckenden Ergebnissen hat vor Ort natürlich auch der Spaß nicht gefehlt. Neben zahlreichen Freizeit und Mitmachangeboten wie der Fotobox, einer mobilen Küche oder Bastelangeboten durfte natürlich auch das Lagerfeuer mit Stockbrot sowie ein zünftiges Grillfest am Samstagabend nicht fehlen. Im Anschluss daran fiel es schwer, sich zwi-

schen Silent Disco oder Karaoke Contest zu entscheiden. Am Ende war für jeden was dabei.

Die Jugendkonferenz in Burg Stargard war ein voller Erfolg. Dazu beigetragen haben natürlich wieder unsere Netzwerkpartner, denen wir an dieser Stelle einen großen Dank aussprechen. Auch das Team der Jugendherberge hat wesentlich dazu beigetragen, dass sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer rundum wohlgefühlt haben.

Bei der dritten Jugendkonferenz im Oktober 2024 dreht sich dann alles um das Thema gesundes und sicheres Aufwachsen. Wer mitmachen möchte, kann sich bereits jetzt im Sekretariat der Enquete-Kommission unter enquete@landtag-mv.de anmelden.

Sozialausschuss in Südtirol

Im Fokus standen Krankenhäuser, Pflege, Inklusion und Sportstätten

■ Vom 18. bis zum 22. März reisten die Mitglieder des Sozialausschusses nach Südtirol. Der Grund für die Reise: Die Abgeordneten informierten sich in der nördlichsten Provinz Italiens über die dortige Krankenhauslandschaft. Dafür besuchten sie drei verschiedene Krankenhäuser mit unterschiedlichen Versorgungsstufen.

Das Krankenhaus Innichen ist das Grundversorgungs Krankenhaus der Bevölkerung des Hochpustertals. Aufgrund der intensiven touristischen Aktivität in seinem Einzugsgebiet ist eine rasche orthopädisch-chirurgische Versorgung sehr wichtig. Ein weiterer Schwerpunkt der Fahrt war das selbstbestimmte Leben von Menschen mit Behinderungen. Hierzu traf sich die Delegation mit dem Monitoringausschuss-Südtirol, der die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention überwacht, um mehr über die Arbeitsweise des Gremiums zu erfahren. Der Südtiroler Monitoringausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen wurde mit dem Landesgesetz



Die Ausschussmitglieder besuchten das Biathlon- und Langlaufzentrum Südtirol, Arena Alto Adige, in Antholz, wo 2026 die olympischen und paralympischen Biathlon-Wettkämpfe stattfinden werden.

vom 14. Juli 2015 über die Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Behinderungen eingerichtet und ist seit 2020 durch das Landesgesetz geregelt. 2016 wurde der Ausschuss beim Büro der Gleichstellungsrätin des Südtiroler Landtages angesiedelt. Seine Hauptaufgabe ist, über die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Südtirol zu wachen und diese zu fördern.

Ebenso stand ein Besuch einer Beratungsstelle für Menschen mit Behinderungen in Meran auf dem Programm. In diesem Gespräch ging es um die praktische Arbeit für ein ‚Mehr‘ an sozialer In-

klusion und die Herausforderungen, die es dabei zu bewältigen gilt. Ebenso wurde der Bereich der Pflege mit dem Besuch einer Pflegeschule und eines Pflegeanbieters thematisiert. Zum Abschluss erkundete der auch für Sport zuständige Ausschuss das Biathlon- und Langlaufzentrum Südtirol – Arena Alto Adige. Hintergrund ist, dass in Antholz die Biathlon-Wettbewerbe der 25. Olympischen Winterspiele und der Paralympics im Jahr 2026 austragen werden. Zwischen diesen thematischen Terminen wurde der Ausschuss auch vom Landtagspräsident des Südtiroler Landtages, Arnold Schuller, empfangen und war zu Gast im Regionalparlament in Bozen.

Verabschiedung Bürger- beauftragter

■ Mit einer feierlichen Veranstaltung hat der Landtag MV den bisherigen Bürgerbeauftragten Matthias Crone am 29. Februar aus seinem Amt verabschiedet. Im Café Niklot dankte ihm Landtagspräsidentin Birgit Hesse für seine langjährige Arbeit: „Während seiner insgesamt zwölfjährigen Amtszeit hat Matthias Crone sich nicht nur mit herausragendem Engagement, mit Herz und Sachverstand für die Belange der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt, sondern auch die Bedeutung des Amtes gestärkt und ihm neue Impulse gegeben.“ Auch der Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen, Dr. Kurt Herzberg, begrüßte die Gäste im Schlosscafé. In einem anschließenden Impulsreferat und der Podiumsdiskussion stand das Thema „Demokratie in unruhigen Zeiten“ im Fokus. Matthias Crone und der neue Bürgerbeauftragte Dr. Christian Frenzel beantworteten abschließend einige Fragen zum Amtswechsel.

Herr Dr. Frenzel wurde im Januar mit mehrheitlichem Beschluss vom Landtag zu Herrn Crones Nachfolger gewählt. Er hat sein neues Amt seit dem 1. März inne.



v.l.n.r.: Der bisherige Bürgerbeauftragte Matthias Crone, Landtagspräsidentin Birgit Hesse und der aktuelle Bürgerbeauftragte Dr. Christian Frenzel



Matthias Crone links neben Landtagspräsidentin Birgit Hesse.

Landtag vor Ort

Aktionstag im Schlosspark- Center Schwerin

■ „Demokratie und Toleranz stärken“: Unter diesem Motto präsentierten sich Ende Februar etwa 40 Vereine und Organisationen im Schlosspark-Center Schwerin.

Auch ein Team des Landtages MV war vor Ort, um über die Arbeit des Parlaments zu informieren. Interessierte Besucherinnen und Besucher konnten zudem am Landtags-Quiz teilnehmen oder



Die Mitarbeiterinnen des Landtages präsentieren die Arbeit des Parlaments.



v.l.n.r.: Schlosspark-Center Manager Klaus-Peter Regler, der Leiter des katholischen Erzbischöflichen Amtes Norbert Nagler, der Abgeordnete Sebastian Ehlers (CDU), die Abgeordnete Mandy Pfeifer (SPD) und der Abgeordnete Torsten Koplín (DIE LINKE).

sich an der „Meinungswand“ einbringen, während die Jüngeren unter ihnen sich am Stand farbenfroh schminken lassen konnten. Der Aktionstag wurde von der Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ bereits zum 15. Mal veranstaltet. Neben einem bunten Bühnenprogramm voller

Musik, Sportvorführungen und Mitmachangeboten konnten sich die Bürgerinnen und Bürger an den Info-Ständen über die teilnehmenden Vereine und Organisationen sowie deren Arbeit informieren.

Foto: Udo Tanske



Am 19. Juni 2022 fand der erste Tag des offenen Landtages der neuen Wahlperiode statt.

Halbzeit 8. Wahlperiode

79 Abgeordnete sind seit zweieinhalb Jahren Mitglieder des 8. Landtages MV



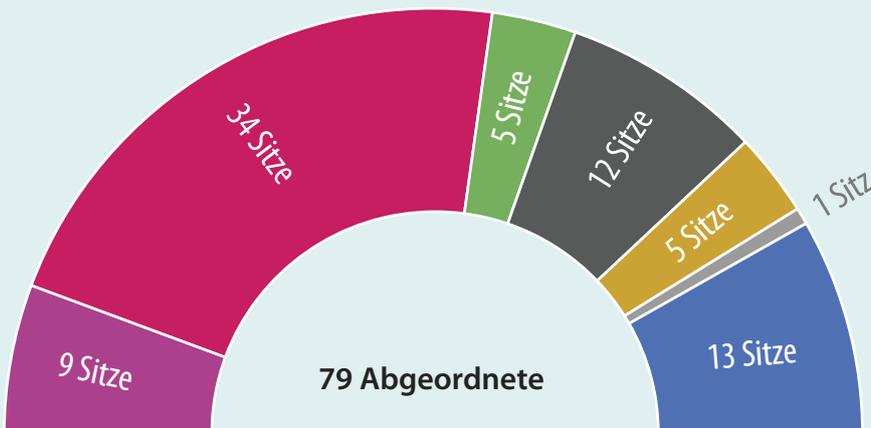
Foto: Sinnecker/Archiv

Am 25. Juni 2023 debattierten Abgeordnete aller Fraktionen über das Thema „Energiewende“ während des Tages der offenen Tür im Innenhof des Schweriner Schlosses.



Foto: Landtag MV

Im Rahmen der Reihe „aufgeSCHLOSSen“ gab die Band „Bosse“ am 30. Juli 2022 ein Konzert im Schlossinnenhof.



■ Im Frühjahr 2024 ist die Halbzeit der aktuellen Legislaturperiode erreicht. Am 26. September 2021 wurde der Landtag der 8. Wahlperiode gewählt. Grund genug, einmal zurück zu schauen auf die vergangenen zweieinhalb Jahre.

Trotz Corona bedingter Einschränkungen waren das Parlament sowie die neun ständigen Fachausschüsse und drei Untersuchungsausschüsse, die Enquete-Kommission durchgängig arbeitsfähig. In 74 Plenarsitzungen wurden Themen wie die Aktuelle Corona-Lage, der Umgang mit dem Ukraine-Krieg sowie der Umwelt- und Kli-

matifizierung, der Asylpolitik und der Energiekrise behandelt. Beschlossen wurde unter anderem, das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre herabzusetzen. Zudem hat das Parlament entschieden, den Ferienhort neben Kita und Hort kostenfrei zu gestalten, ein 400-Millionen-Euro Schulbauprogramm umzusetzen und den Internationalen Frauentag am 8. März seit 2023 in MV als gesetzlichen Feiertag einzuführen.

Nachdem zahlreiche Veranstaltungen des Landtages Corona-bedingt in den Jahren 2020 und 2021 ausfallen mussten, fand 2022 wieder der Tag der offenen Tür des Landtages mit circa 15.000 Gästen

statt. Auch die anderen beliebten Publikums-Formate wie parlamentarische Führungen, Schlossführungen und Jugendbeteiligungsprojekte wie „Jugend im Landtag“ und „Jugend fragt nach“ werden seit 2022 wieder regelmäßig bei großer Beteiligung durchgeführt. Etabliert hat sich die 2020 eingeführte Veranstaltungsreihe „AufgeSCHLOSSen“ mit verschiedenen Konzert- und Kulturterminen im Innenhof des Schweriner Schlosses.

Seit 2023 setzt der Landtag die Tradition der Gedenkveranstaltungen anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus oder des Volkstrauertages



Am 13. Juni 2023 hatte Landtagspräsidentin Birgit Hesse zum Gedenken an den 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR in den Plenarsaal des Schweriner Schlosses eingeladen.



(v.l.n.r.) Kristina Herbst, Präsidentin des Landtages Schleswig-Holstein, Landesrabbiner Yuriy Kadnykov und Birgit Hesse, Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, während der Gedenkstunde am 9. November 2022 anlässlich der historischen Ereignisse, die mit dem 9. November verbunden sind.



Am 28. Juni 2023 nahmen Markus Meckel (Vorsitzender des Stiftungsrates der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur), der Theologe Eckart Hübener und Anne Drescher, (damals Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern) an einem Schlossgespräch zum Thema Aufarbeitung der SED-Diktatur teil.

Fotos: Sinnecker/Archiv



Buntes Treiben beim Tag der offenen Tür im Landtag am 25. Juni 2023.



Jugendliche aus ganz Mecklenburg-Vorpommern kamen beim Beteiligungsformat „Jugend im Landtag“ im April 2023 mit Abgeordneten ins Gespräch.



Jugendliche wo sonst Abgeordnete sitzen - bei „Jugend im Landtag“ ist dies alle 2 Jahre möglich.

„Halbzeit“ in Zahlen

- 94** Gesetzentwürfe
- 655** Ausschusssitzungen
- 74** Plenarsitzungen, davon 10 Dringlichkeitssitzungen
- 3476** Drucksachen
- Ca. **14.500** Personen besuchten das Schloss im Rahmen von Schlossführungen
- Ca. **18.500** Personen nahmen an Parlamentarischen Führungen teil

wieder fort, unter anderem auch mit einer Veranstaltung zur Erinnerung an den 17. Juni 1953.

Mit Blick auf die zweite Hälfte der Legislaturperiode wird die Entscheidung über Schwerins Bewerbung um den UNESCO-Weltkulturerbetitel mit Spannung erwartet.



Im Innenhof des Schweriner Schlosses präsentierte der Bauhistoriker Dr. Paul Sigel am 6. September 2023 die Qualitäten der Schweriner UNESCO-Welterbe-Bewerbung.



Gut 100 Mitglieder der Familienbetreuungszentren folgten der Einladung des Landtages und besuchten den Plenarsaal im Schweriner Schloss.

Zu Gast im Landtag

Empfang für Angehörige von Soldatinnen und Soldaten



Landtagspräsidentin Birgit Hesse und der Kommandeur des Landeskommandos Mecklenburg-Vorpommern, Uwe Nerger.

■ Am 29. Februar hat der Landtag MV zu einem Empfang für die Familienbetreuungszentren (FBZ) der Bundeswehr eingeladen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand vor allem der persönliche Austausch mit den Angehörigen.

Landtagspräsidentin Birgit Hesse begrüßte die Gäste im Plenarsaal: „Die Soldatinnen und Soldaten müssen viel auf

sich nehmen, um den Frieden und die Sicherheit in unserem Land zu gewährleisten. Dazu gehört auch, dass sie zum Teil monatelang getrennt von ihren Familien und Angehörigen leben müssen. Deswegen gilt unser tiefer Dank nicht nur den Soldatinnen und Soldaten, sondern auch ihren Familien und Angehörigen. Ebenso wie die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter der FBZ sind sie ein wichtiger Bestandteil dieser Bundeswehr.“

Die FBZ sind eine Einrichtung der Bundeswehr, die sich der Betreuung und Fürsorge von Angehörigen und Familien widmet, deren Angehörige aufgrund von Einsätzen, Missionen, Ausbildungsfahrten im Ausland oder Übungen für längere Zeit abwesend sind.

TAG DER OFFENEN TÜR im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Sonntag, 30. Juni 2024 , Eröffnung um 10:00 Uhr
(letzter Einlass 16:30 Uhr)

www.landtag-mv.de



BLICKEN SIE HINTER DIE KULISSEN IM SCHÖNSTEN LANDTAG DEUTSCHLANDS!

Plenarsaal, Büro der Landtagspräsidentin und weitere besondere Räume des Schweriner Schlosses besichtigen +++ mit Abgeordneten diskutieren +++ die Arbeit des Landesparlaments besser kennenlernen +++ Fraktionen und die Ausschüsse besuchen +++ den Bürgerbeauftragten und den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit treffen +++ WIR-Vielfaltsmeile +++ das Schlossmuseum erleben +++ die Schlosskirche besichtigen +++ für musikalische Unterhaltung und das leibliche Wohl ist gesorgt.

Entdecken Sie das Schweriner Schloss und den Burggarten als Teil des „Residenzensemble Schwerin“ für die Bewerbung zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Bereits am Sonnabend lädt der Verein der Freunde des Schweriner Schlosses e. V. beim Historischen Schlossfest zur Zeitreise in das 19. Jahrhundert ein, als das Schloss noch Sitz der mecklenburgischen Großherzöge war.





Am 10. April war der israelische Botschafter S.E. Ron Prosor zu Gast im Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Präsidentin Birgit Hesse empfing den Besuch im Schweriner Schloss, wo er sich traditionell im Gästebuch eintrug.

Gemeinsam sprachen beide vor allem über die politische Lage Israels und deren aktuelle Auswirkungen. Mit Blick auf die jahrzehntelangen deutsch-israelischen Beziehungen besprachen sie zudem die Möglichkeiten der künftigen Zusammenarbeit Israels mit Mecklenburg-Vorpommern. Der direkte Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der einzelnen Bundesländer Deutschlands ist dem Botschafter ein persönliches Anliegen. Im Anschluss an das gemeinsame Gespräch lernte er im Rahmen einer Führung das Schweriner Schloss kennen.

Frühling heißt gleichzeitig Ende der Winterruhe: Am 29. Februar wurden die Fledermäuse in ihrem Winterquartier am Schweriner Schloss gezählt. Rund 30 Tiere konnten dokumentiert werden – aufgrund des milden Winters waren einige vermutlich bereits aus ihrer Winterruhe erwacht, weshalb die Zahl etwas geringer ausfiel als im Vorjahr. Zu den hier bislang nachgewiesenen Arten gehören unter anderem die Fransen- und Wasserfledermaus sowie das Braune Langohr.

Seit mehreren Jahren führt Dr. Christina Augustin vom Landesfachausschuss für Fledermausschutz, NABU, die Zählung der Tiere ehrenamtlich fort. In Beglei-

tung eines Teams des NDR nahm sie auch dieses Mal die Kontrolle in der Grotte am Schloss vor. Viele Fledermäuse benötigen für ihre Winterruhe konstante Umgebungsbedingungen und sind daher in der höhlenarmen norddeutschen Tiefebene auf menschliche Bauwerke wie Keller oder Stollen angewiesen. Durch die vielerorts steigende Licht- und Lärmbelästigung werden die Tiere oft aus ihren alten Ruheorten vertrieben. Das Schweriner Schloss hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, ihnen ein sicheres Winterquartier zu bieten.

